

Bewegungen als Herausforderung für politische Parteien?

Franziska Fislage und Karsten Grabow

mit Martin Friedek, Julie Hamann, Vít Hloušek, Wilhelm Hofmeister,
Caroline Kanter, Bartosz Rydliński und Silke Schmitt



Eine Publikation der Arbeitsgruppe Parteienforschung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Berlin

2. überarbeitete Auflage, 2019

Umschlagfoto: © Ulrich Baumgarten/Getty Images, Kiran Ridley/Getty Images
Bilder: © S.6 AFP Contributor/Getty Images, S.9 Gerard Julien/Getty Images, S. 10/11
NurPhoto/Getty Images, S. 13 Michele Spatari/picture alliance, NurPhoto, S. 18 Janek
Skarzynski/Getty Images, S. 21 NurPhoto/Getty Images, S.24 Pierre-Philippe Marcou/
Getty Images, S. 28 Gonzalo Arroyo Moreno/Getty Images, S. 33 Drahoslav Ramik/
picture alliance, dpa

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach,
klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Übersetzung aus dem Tschechischen: Slavomir Cabadaj.

Übersetzung aus dem Polnischen: Orbis Fachübersetzungen Mönchengladbach.

Lektorat: Dr. Alwin Letzkus, Schwarzwaldstraße 200, 79117 Freiburg.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0
(abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-594-9

Bewegungen als Herausforderung für politische Parteien?

Franziska Fislage und Karsten Grabow

mit Martin Friedek, Julie Hamann, Vít Hloušek, Wilhelm Hofmeister,
Caroline Kanter, Bartosz Rydliński und Silke Schmitt

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
<hr/>	
2. Länderstudien	5
2.1 Frankreich Julie Hamann	5
2.2 Italien Caroline Kanter und Silke Schmitt	12
2.3 Polen Bartosz Rydliński	18
2.4 Spanien Wilhelm Hofmeister und Martin Friedek	23
2.5 Tschechische Republik Vít Hloušek	32
3. Fazit: Konkurrenz durch Bewegungen?	41
<hr/>	
4. Die Autorinnen und Autoren	45

1. Einleitung

Weltweit gewinnen politische Bewegungen¹ an Bedeutung und versuchen, sich als Alternative zu den bereits lange bestehenden Parteien in ihren Ländern zu etablieren. Die bekannteste und auch erfolgreichste Bewegung ist zweifellos die 2016 von Emmanuel Macron gegründete Bewegung En Marche!, die ihren Gründer nur ein knappes Jahr später in den Elysée-Palast trug. Sechs Wochen darauf errang die mittlerweile in La République en Marche (LREM) umbenannte Bewegung die absolute Mehrheit an Sitzen in der Nationalversammlung. Aber auch andere Bewegungen und die aus ihnen hervorgegangenen Parteien haben weit mehr als nur ein paar Achtungserfolge erzielt: Die Partei der 2009 gegründeten Fünf-Sterne-Bewegung in Italien hat die Parlamentswahlen 2018 deutlich gewonnen und regiert das Land seitdem zusammen mit der rechtspopulistischen Lega. In Tschechien ist die Partei der im Jahr 2011 von dem Unternehmer Andrej Babiš gegründeten Aktion unzufriedener Bürger (ANO 2011) seit 2017 mit Abstand stärkste politische Kraft und Babiš Ministerpräsident. In Spanien erreichte die 2013 gegründete Bewegung Vox bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im April 2019 10,3 Prozent und wurde damit zur fünftstärksten politischen Kraft im Land, die vor allem der konservativen Volkspartei zusetzt.

Zugleich ist der Glanz der einen oder anderen Bewegung inzwischen etwas verblasst. Der Stern von LREM und ihrem Anführer begann zu sinken, je schwerer es Präsident Macron fiel, seine ambitionierte Reformagenda gegen massive Widerstände und starke Interessengruppen durchzusetzen.² Strukturschwäche und Kommunikationsfehler kamen hinzu.³ Der Protest gegenüber LREM und Macron äußerte sich jedoch nicht durch die etablierten Parteien, sondern durch die Graswurzelbewegung der sogenannten Gelbwesten (Gilets jaunes), die noch viel unorganisierter, spontaner, anarchischer und folglich unberechenbarer ist, als es LREM oder die bereits zuvor genannten Bewegungen jemals waren.

Von all diesen Bewegungen und ihren Parteien geht offenbar eine besondere Anziehungskraft für Menschen aus, die sich von keiner anderen politischen Bewegung oder Partei mehr hinreichend vertreten fühlen. Eine zunehmende Wählervolatilität, abnehmende Parteibindung, ein verstärktes Interesse an temporärem Engagement sowie ein in vielen Ländern erkennbarer Vertrauensverlust in politische Institutionen, u. a. aufgrund von anhaltender Problemlösungsunfähigkeit, Korruption und Vetternwirtschaft, begünstigen diese Entwicklungen. Die Bewegungen sammeln aber nicht nur „Abgehängte“ oder Unzufriedene ein und geben ihnen Stimme, Gesicht und Macht. Sie gelten selbst auch als basisdemokratisch, unverbraucht, von Verstrickungen in das bestehende politische System frei, offen für jeden und damit auch für Quereinsteiger und schließlich als besonders „reine“ Form der Bürgerbeteiligung. Wie die Beispiele der Fünf-Sterne-Bewegung, La France insoumise, Podemos oder der polnischen Kukiz'15 zeigen, sind Bewegungen aber auch anfällig für autoritäre Führungsstile, linken wie rechten Populismus und teilweise gar für extremistische Töne.

Weltweit gewinnen politische Bewegungen an Bedeutung.

Steigende Wählervolatilität, abnehmende Parteibindung und zunehmender Vertrauensverlust in politische Institutionen begünstigen den Erfolg von politischen Bewegungen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen soll das Phänomen der politischen Bewegungen genauer untersucht werden. Wie sind diese politischen Bewegungen entstanden und welche Bedingungen begünstigen die Gründung und ihren Erfolg? Stellen Bewegungen bzw. die aus ihnen hervorgehenden Parteien eine neue Form der politischen Beteiligung und Interessenwahrnehmung dar? Verdrängen die neuen Bewegungen und ihre Parteien das politische Establishment und altbekannte Formen der politischen Meinungsbildung und Führung, die Parteien bislang ausgeübt haben? Erleben wir gar eine Revolutionierung der bisherigen Institutionensysteme und der Verfahren der politischen Entscheidungsfindung in einigen europäischen Ländern durch diese Bewegungen und ihre Parteien, bei der am Ende die Traditionsparteien abgelöst werden?

Diesen Fragen gehen wir anhand von acht Fallstudien aus fünf europäischen Ländern in dieser Studie nach.⁴ Auch wenn sich einige dieser Bewegungen mittlerweile in Parteien umgewandelt oder sich als Partei registriert haben, um an Wahlen teilnehmen zu können, definieren wir diese neuen politischen Bewegungen und ihre Parteien anhand folgender Kriterien:

- › politisch-säkulares, kein religiös-fundamentalistisches Grundverständnis
- › anti-elitäre, gegen das bestehende politische Establishment gerichtete Grundorientierung
- › bewusste Abgrenzung von bestehenden Parteien durch Namen, Selbstbezeichnung und Selbstverständnis (auch dann, wenn sie aus formalen Gründen selbst den Status einer Partei annehmen mussten); Anspruch, „anders“ zu sein
- › auf Dauerhaftigkeit angelegt, kein sporadisch aktives Wahlkomitee oder -bündnis, das seine Aktivitäten nach Wahlen wieder einstellt
- › ausgeprägtes basisdemokratisches Selbstverständnis und vergleichsweise schwach entwickelte formale Strukturen
- › bestehen überwiegend aus Seiteneinsteigern und politischen Neulingen, an der Spitze steht sehr oft eine starke Führungspersönlichkeit, meist der Gründer.

1 Die meisten dieser Bewegungen haben inzwischen aus rechtlichen Gründen den Status einer politischen Partei angenommen, um als solche an Wahlen teilzunehmen. Dennoch haben sie Strukturen, Verfahren und Prinzipien von Bewegungen beibehalten, vornehmlich ihre anti-elitäre, gegen „das Establishment“ gerichtete Grundrichtung, ihre offene, unfertige und basisdemokratische Organisation, ihre Laienhaftigkeit und Spontaneität, teilweise auch Anarchie und ihr eigenes Selbstverständnis als Bewegung, sodass wir sie auch nach oder mit zusätzlicher Parteigründung als Bewegung bezeichnen. Die Bezeichnung „neue Partei“ wäre viel zu allgemein und würde den Besonderheiten dieser Gruppierungen nicht gerecht werden.

2 Vgl. z. B. Kempin, Ronja (2019): Macron, die Gelbwesten und die nationale Debatte: Spiel auf Zeit statt Weg aus der Legitimitätskrise der Politik. Berlin: SWP-Aktuell. Nr. 13, März 2019.

3 Vgl. Devčić, Jakov und Fislage, Franziska (2019): Die Gelbwesten in Frankreich: Gelbe Karte für Macron? Analysen und Argumente Nr. 337. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

4 Redaktionsschluss dieser Studie war der 26. März 2019. Für die englische Übersetzung wurden die Ergebnisse der zwischenzeitlich durchgeführten Europa- und der Parlamentswahlen in Spanien berücksichtigt und der Text nachträglich angepasst.

2. Länderstudien

2.1 Frankreich | Julie Hamann

Frankreichs Parteiensystem ist seit jeher besonders empfänglich für Verschiebungen, Wandel und Neuordnungen. Insofern überrascht es nicht, dass generelle Trends und Umwälzungen, die derzeit in beinahe allen westlichen Demokratien auftreten, in Frankreich besonders sichtbar sind. Die ideologische Zersplitterung der politischen Landschaft hat ein Experimentierfeld für neue politische Organisationsformen aufgemacht. Drei ganz unterschiedliche, aber doch in ihrer Bedeutung als Beispiele für grundlegende Transformationen ähnliche politische Bewegungen sollen im Folgenden genauer betrachtet werden: La République en Marche! (LREM), die Bewegung, mit der die Franzosen den Präsidenten Emmanuel Macron an die Spitze des Staats gewählt haben, die von Jean-Luc Mélenchon angeführte Oppositionsbewegung La France insoumise (LFI) und zuletzt die noch junge und diffuse Bewegung der gilets jaunes, der Gelbwesten. Auch wenn sich bei letzterer nur schwer abschätzen lässt, ob und in welcher Form sie Bestand haben wird, hat sie Frankreich schon jetzt nachhaltig beeinflusst.

Die Veränderungen, die diese Bewegungen kennzeichnen, gehen dabei tiefer, als es bislang häufig neu geschlossene Bündnisse oder reine Namensänderungen⁵ taten. Dafür sprechen drei Beobachtungen: Erstens fügen sich alle drei Bewegungen ein in eine größere Debatte über die Neuorganisation des politischen Spektrums jenseits der klassischen Aufteilung entlang von „links“ und „rechts“. Während LREM es sich zum Markenkern gemacht hat, das bipolare Parteiensystem aufzubrechen und für überholt zu erklären, will LFI genau diese Pole wieder sichtbar machen mit dem Anspruch, *die* linke Kraft darzustellen. Die Gelbwesten hingegen entziehen sich bislang jeder ideologischen Einordnung nach dem Links-rechts-Schema – so sehr eine solche auch in der Öffentlichkeit versucht wird. Zweitens stellen sie bisherige Modi der Entscheidungsfindung in Frage und fordern bzw. praktizieren eine Reflexion über interne Demokratie ebenso wie institutionelle Änderungen im französischen politischen System. Zuletzt tragen sie zu einer Verwischung der Grenzen zwischen bisher etablierten politischen Organisationsformen bei: Nicht nur die Abgrenzung zwischen Parteien und Bewegungen wird zunehmend schwierig, sondern auch die Logik und Organisationsform von sozialen Bewegungen und Protesten ändert sich und führt zu weiterer Destabilisierung von politischen Prozessen.

La République en Marche: Von der Start-up-Bewegung zur Präsidentenpartei

Im April 2016 verkündete Emmanuel Macron, damals noch Wirtschaftsminister in der sozialistischen Regierung François Hollandes, in seiner Heimatstadt Amiens die Gründung von En marche!, einer „offenen Bewegung“, die „weder rechts noch links“ sein werde, „etwas neues aufbauen“ und „Blockaden in der Gesellschaft“ überwinden wolle.⁶ Gepaart mit einer Reihe von Onlinetools, starker digitaler Kommunikation und einer Attitüde von politischer Entrepreneurship, gab sich die Bewegung von Beginn

Generelle Trends und Umwälzungen in den westlichen Demokratien sind in Frankreich besonders sichtbar.

Bewegungen haben das politische System verändert.



LREM hat den Charakter eines Politik-Start-ups.

an das Bild eines jungen Politik-Start-ups. Knapp einen Monat nach dem Anstoß der Bewegung erklärte Macron das Ziel, mit rund 2.000 Freiwilligen unter dem Motto „Grande marche“ in tausenden von Haustürgesprächen Sorgen, Ideen und Wünsche der Franzosen zu sammeln, die eine „Diagnose“ vom Zustand Frankreichs und damit die Grundlage eines neuen politischen Programms liefern sollen.⁷ Eine Diagnose Frankreichs hatte er selbst freilich schon längst gestellt: Ohne eine konsequentere Umsetzung von Reformen zur Liberalisierung und Flexibilisierung von Frankreichs Wirtschaft würde das Land in der Immobilität blockiert bleiben. Innerhalb der sozialistischen Partei, der er sich bis dato zugehörig fühlte, würde ein solches Programm nicht umgesetzt werden können, da sich die Sozialisten unter den ideologischen Auseinandersetzungen selbst zerrieben.

Macron legte die Polarisierung zwischen rechts und links ad acta und versuchte eine neue Trennlinie zu schaffen: Progressive gegen Populisten.

Liberalen Parteien, die sich politisch in der Mitte positionieren, haben in Frankreich keinen leichten Stand, da der politische Liberalismus dort stets eine untergeordnete Rolle gespielt hat und die Polarisierung zwischen rechts und links stark in der Struktur des politischen Systems verwurzelt ist. Indem Macron ebendiese Polarisierung rhetorisch ad acta legte und stattdessen eine neue Trennlinie zwischen „Progressiven“ und „Konservativen“, später zwischen Progressiven und Populisten bzw. Nationalisten, entwarf, konnte er sich aus dem bestehenden politischen Kontext herausnehmen und das Thema der Reformen einer Ideologiedebatte entziehen.

Mehr noch als die Reformorientierung der neuen Bewegung wirkte sein Versprechen einer Erneuerung der politischen Klasse als Antriebskraft von En marche!. Er reagierte damit auf das verbreitete Gefühl der mangelnden Repräsentation

in der Politik und das generelle Misstrauen in Mandatsträger oder Parteien. Dass nach der Scheinbeschäftigungsaffäre um den konservativen Kandidaten François Fillon und seiner Frau das Thema der „Moral“ einen zentralen Platz im Wahlkampf einnahm, half Macron zusätzlich. Dem als verkrustet geltenden System von Berufspolitikern stellt er ein Politikverständnis entgegen, in dem die Zivilgesellschaft von der Politikformulierung bis zur Entscheidungsfindung stärker eingebunden ist. Der Ansatz der „Grande marche“ zeugt ebenso davon wie der Aufruf zu Bewerbungen via Online-Plattform um eine Kandidatur für die Parlamentswahlen und das Versprechen einer Regierung mit Mitgliedern aus der Zivilgesellschaft. Das Resultat: Von den 308 LREM-Abgeordneten, die 2017 in die Nationalversammlung gewählt wurden, haben 169 zuvor noch kein politisches Mandat ausgeübt. Hinsichtlich der politischen Herkunft stammen 126 Abgeordnete von der Linken (davon waren 83 zuvor bei der PS), 17 aus der Mitte, 48 von den Konservativen und 117 erklären sich keiner politischen Strömung zugehörig.⁸ In der ersten Regierung unter Premierminister Edouard Philippe (vormals Les Républicains) stammten acht der 22 Ministerinnen und Minister aus der Zivilgesellschaft, mit besonderer Expertise in ihrem jeweiligen Ressort, aber ohne zuvor ein politisches Mandat ausgeübt zu haben. Schlüsselposten wie Inneres oder Wirtschaft werden durch politische Schwergewichte wie Gérard Collomb (PS) oder Bruno Le Maire (LR) besetzt.

Mehr als die Hälfte der LREM-Abgeordneten hatte vor der Wahl 2017 noch kein politisches Mandat ausgeübt.

Mit dem erfolgreichen Einzug in die Nationalversammlung und der starken politischen Mehrheit wurde LREM in kürzester Zeit zur Präsidentenpartei. Der damit einhergehende Druck auf eine rasche Professionalisierung vollzieht sich jedoch nicht ohne Probleme. Ein besonderes Spannungsfeld ist die interne Organisation: Macron ist weiterhin das Gesicht der Bewegung, auch wenn er den Vorsitz nach seiner Wahl abgegeben hat. Die Parteiführung entstammt seinem direkten Umfeld und agiert in enger Abstimmung mit dem Elysée-Palast. Im November 2017 wählte der erste Parteikongress Christophe Castaner zum Parteivorsitzenden – eine Wahl ohne Gegenkandidaten, die unter einigen *Marcheurs* zu Protesten führte.⁹ Castaner, ehemals PS, unterstützte Macron als Pressesprecher während seines Wahlkampfes und ist seit 2018 Innenminister als Nachfolger von Gérard Collomb. Sein Nachfolger Stanislas Guerini ist seit 2015 im engeren Kreis Macrons und gehört damit zu den Gründungsfiguren von LREM. Diese Funktionsweise steht im Widerspruch zu dem Ansatz der Bewegung, insbesondere lokales Engagement zu fördern und das direkte Einbringen eigener Initiativen und Ideen zu ermöglichen. Eine zentrale Herausforderung für LREM wird nun sein, eine lokale Verankerung zu erreichen und in die Funktionsweise der Partei einzufügen. Da es auf lokaler und regionaler Ebene noch keine gewählten Mandatsträger gibt, fällt es schwer, dem Eindruck einer Bewegung „von oben“ etwas entgegenzusetzen.

Neben der internen Organisation ist die lokale Verankerung eine weitere Herausforderung für die Partei.

Die stärkere Einbeziehung von „Neulingen“ ist zahlenmäßig, wie weiter oben dargestellt, gelungen. Der Rücktritt des beliebtesten Kabinettsmitglieds im Herbst 2018, des Umweltaktivisten Nicolas Hulot, macht jedoch die Grenzen dieses Ansatzes deutlich. Hulot fühlte sich in seinem Vorantreiben einer ökologischen Politik nicht ausreichend unterstützt.¹⁰ Hinzu kommt die starke Fokussierung auf die Exekutive und insbesondere auf den Präsidenten Macron, der nach den Maßnahmen zu Beginn seiner Amtszeit das Label des „Präsident der Reichen“ erhielt und den die Mehrheit der Franzosen mitnichten als „Politneuling“, sondern vielmehr als Vertreter der

Macron gilt als „Präsident der Reichen“.

„Elite“ wahrnimmt. Das Aufkommen der „Gelbwesten“ macht das sehr deutlich, da die Ablehnung der bisherigen Eliten ein starkes einigendes Element dieser Protestbewegung ist. Der Wunsch der Wähler nach Erneuerung wurde in den Augen vieler nicht umgesetzt: Die alte Elite ist durch LREM nicht verschwunden, sie wurde nur durch eine andere ersetzt.

Wie es für LREM nach der knappen Niederlage gegen Marine Le Pen und ihre Partei bei den Europawahlen 2019 weitergeht, ist noch offen. Das Ergebnis war für die noch junge Partei ein zwar nicht vollkommen unerwarteter, wohl aber ein herber Dämpfer. Auch die 2020 in Frankreich anstehenden Kommunalwahlen sind von großer Bedeutung, da von ihnen die noch fehlende lokale Verankerung in den Rathäusern abhängt. Als die größten Herausforderer für LREM gelten dabei Frankreichs Rechte, wobei die konservativen Républicains noch immer Schwierigkeiten haben, sich sowohl gegenüber Macron als auch gegenüber Le Pen abzugrenzen und das eigene Profil zu schärfen. Die Sozialisten hingegen haben am meisten unter Macrons Wahlsieg gelitten und es bis heute nicht geschafft, sich wieder zu erholen. Die französische Linke dominiert nun vor allem einer: Jean-Luc Mélenchon mit seiner Bewegung *La France insoumise*, dem „unbeugsamen Frankreich“.

La France insoumise: Zur richtigen Zeit die richtige Strategie

„Das Ziel von La France insoumise ist es nicht, demokratisch zu sein, sondern kollektiv“, sagt Mélenchon zu seiner Bewegung, die „weder horizontal noch vertikal, sondern gasförmig“¹¹ sei. Wie auch bei LREM gehört bei La France insoumise (LFI) die stete Abgrenzung von Parteien zur Selbstidentifikation und Kommunikationsstrategie dazu, auch wenn sie längst in den politischen Betrieb eingezogen ist, an Wahlen teilnimmt und im Parlament eine eigene Fraktion mit 17 Abgeordneten bildet. Auch sonst teilt LFI einige Merkmale mit LREM: die große Bedeutung eines charismatischen Gründers und Anführers, die Betonung von lokalem Engagement, die umfangreiche Nutzung digitaler Kommunikationstools und das Versprechen der Wiederherstellung der direkten Beziehung zwischen Bürger und Politik.¹² In beiden Bewegungen ist Engagement niedrigschwellig angelegt: Ein Klick auf der Homepage und eine E-Mail-Adresse genügen, um an den Angeboten für Unterstützer – Online-Abstimmungen, Webinare, eLearning, Koordination lokaler Gruppen – teilzunehmen. Während Macron der sozialistischen Partei den reformorientierten Flügel mehr oder weniger entzogen hat, schöpft Mélenchon sein Wählerpotenzial schon seit längerer Zeit aus der radikalen Linken und von enttäuschten ehemaligen Sozialisten.

Mélenchon selbst gehörte bis 2008 dem linken Flügel der PS an, bevor er die Partei wegen Unstimmigkeiten hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung verließ und mit der Parti de gauche (inspiriert von der deutschen Linkspartei) eine neue linke Partei mit dem Ziel einer größeren Sammelbewegung gründete. 2009 wurde er unter dem Wahlbündnis Front de gauche, dem auch die Kommunistische Partei (PCF) angehörte, ins Europaparlament gewählt. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 erreichte er als Kandidat dieses Bündnisses den vierten Platz mit elf Prozent der Wählerstimmen. Mit LFI hat sich Mélenchon wieder von den Bündnispartnern getrennt, um seine Grundidee der Parti de gauche unter dem Vorzeichen einer offenen Bürgerbewegung weiterzuentwickeln und so zum Ziel zu bringen: eine „neue“ Linke zu erschaffen, die mit der bisherigen Dominanz im linken Lager von PS und PCF bricht.

Die Républicains haben noch immer Schwierigkeiten, sich gegenüber Macron abzugrenzen. Die Sozialisten haben am meisten unter Macrons Wahlsieg gelitten und es bisher nicht geschafft, sich davon zu erholen.

Ein Klick auf der Homepage und eine E-Mail-Adresse genügen, um an Abstimmungen und Webinaren teilzunehmen.



Das politische Programm der Bewegung war angelegt als offener Prozess, bei dem sich die Unterstützer in der Ausarbeitung der detaillierten Forderungen beteiligen konnten und dessen Ergebnis zur Abstimmung stand. Inhaltlich umfasst es unter anderem die von Mélenchon bereits länger vorgebrachte Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung für eine Sechste Republik, starke Elemente des Ökosozialismus, die Forderung nach einer Neuaushandlung der europäischen Verträge, um von einem „neoliberalen“ zu einem „sozialen“ Europa zu gelangen, die Erhöhung des Mindestlohns und die Ablehnung von Verhandlungen zu Freihandelsabkommen.¹³ LFI sieht sich als Teil einer globalen linken Bewegung, die unter anderem in Pablo Iglesias und der spanischen Bewegung Podemos oder in Bernie Sanders ihren politischen Ausdruck findet und die den Theorien der Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe nahesteht. Im Kontext ihres Konzepts eines „Populismus von links“ führt jedoch die Frage, inwiefern LFI sich selbst als „populistisch“ einordnet, zu Uneinigkeit innerhalb der Bewegung. Gerade in Bezug auf Themen wie Migration entstehen so Reibungspunkte zwischen einer „linken“ und einer „populistischen“ Linie. Die Breite der Bewegung birgt Konfliktpotenzial – auch wenn der populistische Ansatz derzeit eher in der Minderheit ist.

Dass für eine politische Bewegung wie LFI ein hohes Wählerpotenzial besteht, zeigt die Deutlichkeit, mit der Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen den sozialistischen Kandidaten Benoît Hamon abgehängt hat: Mit 19,6 Prozent und dem vierten Platz trennten ihn nicht mal zwei Prozentpunkte von der Stichwahl, während Hamon abgeschlagen bei 6,4 Prozent lag. Im Gegensatz zu den Wählerprofilen der anderen

Das Programm von LFI wurde als offener Prozess gestaltet, an dem sich die Unterstützer durch Einbringung von Forderungen beteiligen konnten.

Beim Thema Migration offenbarten sich die Reibungspunkte bei LFI zwischen einer linken und einer populistischen Linie.

LFI hat vor allem bei denen Potenzial, die keine feste politische Heimat haben.

Mélenchon ist umstritten: Es mehren sich die Stimmen, die eine Alternative zur bisherigen One-Man-Show suchen.

Die Wirkung der Gelbwesten auf die Gesellschaft und den öffentlichen Diskurs ist stark.

linken Parteien war Mélenchon ganz besonders bei den 18–24-Jährigen erfolgreich: Mit 30 Prozent war er auch insgesamt der Kandidat mit den meisten Stimmen aus dieser Altersgruppe.¹⁴ Aufschlussreich ist auch, dass für Mélenchon besonders viele stimmten, die sich keiner politischen Partei zugehörig fühlten.¹⁵ Beide Zahlen zeigen das Potenzial von LFI, Wähler zu mobilisieren, die keine feste politische Identität haben.

Auch zwei Jahre nach dem Einzug in die Nationalversammlung bewahrt LFI einen eher fluiden Charakter, bspw. durch die immer noch dezentrale Organisation ohne Statuten, Organigramm, Delegierte oder parteiinterne Wahlen. Unterstützer können weiterhin auch in anderen Parteien Mitglied sein. Etwa 5.000 lokale Gruppen garantieren eine starke Verankerung an der Basis, die sich in andere Strukturen und Engagements einfügt. Doch wie auch bei LREM entsteht genau hier ein Konflikt: Die Ergebnisse lokaler Entscheidungsprozesse finden kaum einen Weg nach oben zu den führenden Figuren der Bewegung.¹⁶

Erschwerend hinzu kommt die Rolle Mélenchons, der als charismatische Führungsfigur Erfolgsfaktor und Problem zugleich ist: Seit der Durchsuchung seiner Wohnung und Räumlichkeiten der ehemaligen Parti de gauche im Zusammenhang mit Ermittlungen zur Wahlkampffinanzierung ist er politisch angeschlagen. Zudem ruft er als gleichermaßen bewunderte und abgelehnte Figur in Frankreichs politischem Leben Kontroversen hervor, die viele Linke daran hindern, ihn zu wählen. Im Zuge des möglichen Wählerpotenzials mehren sich Stimmen, die eine Alternative zur bisherigen One-Man-Show suchen. Der junge Abgeordnete François Ruffin, vor seiner Wahl Journalist, Filmemacher und Begründer der Protestbewegung Nuit debout, gilt als möglicher Hoffnungsträger.¹⁷

Vorerst ist die Strategie Mélenchons jedenfalls aufgegangen: Den Status als größte Kraft der linken Opposition hat LFI fest inne – die Sozialisten sind derzeit nicht imstande, dem etwas entgegenzusetzen. Gerade viele junge Menschen erleben ihre politische Sozialisierung derzeit durch LFI. Sie werden kaum wieder in klassische Parteistrukturen zurückkehren.

Gilets jaunes: Protest jenseits politischer Parteien

Die Protestbewegung der Gelbwesten, die sich von der Ablehnung der Erhöhung der Kraftstoffsteuer hin zu Forderungen nach einer Erhöhung der Kaufkraft und mehr direkter Demokratie ausgeweitet hat, ist zu jung und zu heterogen, um ihr einen klaren Platz in Frankreichs Gesellschaft zuzuweisen. Die Stärke ihrer Mobilisierung erreichte zu Beginn im November 2018 mit beinahe 300.000 Protestteilnehmern ihren Höhepunkt. Bis März 2019 ist die Teilnehmerzahl jedoch deutlich zurückgegangen. Wenngleich die weitere Entwicklung unklar ist: Ihre Wirkung auf die gesamte Gesellschaft und die Bedeutung für den öffentlichen Diskurs ist schon jetzt derart stark, dass sie kein spontaner Ausnahmefall bleiben wird.

Neben LREM und LFI sind die Gelbwesten eine dritte Form derselben Entwicklung: Wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, motivieren die Infragestellung des bestehenden politischen Systems mit seinen Eliten und auf Wahlen beschränkte Partizipationsformen, die Distanz von bisherigen parteilichen Organisationen und das Aufbrechen klassischer Rechts-links-Schemata alle drei Gruppierungen gleicher-





maßen. Klare Abgrenzungen sind schwierig, doch erscheint es belegbar, dass vor allem die Unterstützer von LREM und den Gelbwesten aus stark voneinander getrennten sozialen Milieus stammen: LREM-Wähler sind überwiegend gutverdienend und in Großstädten zuhause, während Anhänger der Gelbwesten in ländlichen Gegenden mit schwacher Infrastruktur stark vertreten sind und im Durchschnitt ein Monatseinkommen knapp unter dem französischen Median haben.¹⁸

Starke Politisierung und zugleich eine große Distanz vom politischen Leben kennzeichnen die Gelbwesten. Rund 55 Prozent geben an, zum ersten Mal zu demonstrieren; für 60 Prozent entspricht die Sortierung des politischen Spektrums von links nach rechts nicht ihrer eigenen politischen Identität.¹⁹ Apolitisch sind sie jedoch nicht: Ebenfalls 60 Prozent bezeichnen sich als ziemlich oder stark politisch

interessiert. Diejenigen, die sich politisch in ein Lager einordnen, sehen sich mehrheitlich links (65 Prozent links, 28 Prozent rechts).²⁰ Diese Zahlen veranschaulichen, weshalb die Gelbwesten relativ immun gegenüber den Versuchen parteilicher Vereinnahmung waren, sei es durch Mélenchon und LFI oder durch Le Pen und RN. Die ideologische Disparität wirkt sich außerdem kaum destruktiv auf die Bewegung aus: Gemeinsame Forderungen wie die nach der Einführung von Referenden auf Initiative des Volkes (Referendum d'initiative citoyenne, RIC) sowie Empfindungen von polizeilicher „Repression“ gegen die Bewegung stärken die gemeinsame Identität der Protestierenden über vermeintliche ideologische Widersprüche hinweg.²¹

Auch nach mehreren Monaten der Mobilisierung bleibt die Bewegung der Gelbwesten ohne interne Struktur, ohne Anführer oder Sprecher. Versuche, die Protestbewegung in eine Wahlliste zu den Europawahlen zu überführen, entsprangen der Initiative einzelner Personen, die jedoch nie eine Mehrheit der Bewegung hinter sich hatten. Zudem scheitern sie bislang an der Unmöglichkeit, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen. Mit der Ausrufung einer „Großen nationalen Debatte“ (Grand débat national) als Antwort auf die Gelbwesten knüpft Macron nun an die Grand marche aus Wahlkampfzeiten an und bietet auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen Gespräche rund um die Themen Demokratie, Kaufkraft und Steuergerechtigkeit an. Damit antwortete er auf ein großes Bedürfnis nach Beteiligung – die wochenlange Unterstützung der Gelbwesten von rund 70 Prozent der Franzosen

60 Prozent der Anhänger der Gelbwesten ordnen sich weder dem linken noch dem rechten politischen Lager zu.

Macron versucht mit „Großen nationalen Debatten“ Gespräche als Antwort auf die Gelbwesten anzubieten. Damit konnte er der Bewegung vorerst den Wind aus den Segeln nehmen.

zeugt davon. Macron hat mit diesem Schritt der Bewegung vorerst den Wind aus den Segeln genommen, muss nun aber sein Versprechen halten, die Ergebnisse der Debatten in klare politische Maßnahmen umzusetzen. Langfristig besteht jedoch durchaus die Gefahr, dass ähnliche Bewegungen wieder auftreten, wenn nicht eine Kombination aus politischem Kulturwandel und wirtschaftlicher Konsolidierung eine Antwort auf das verbreitete und tiefe Misstrauen vieler Franzosen gegenüber „der“ Politik gibt.

Fazit

Das Vertrauen der Franzosen in ihr politisches System ist an einem Tiefpunkt angelangt. Das zeigt die jüngste Erhebung für die Langzeitstudie Baromètre de la confiance politique: Darin geben 88 Prozent an, kein oder eher kein Vertrauen in Parteien zu haben.²² Zwar ist das Misstrauen gegenüber Parteien auch in anderen westlichen Demokratien hoch, jedoch nimmt Frankreich mit einer solch starken Ausprägung eine besondere Stellung ein. Zum Vergleich: In Deutschland liegt dieser Anteil bei 63 Prozent.²³ Hinzu kommt die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie: 70 Prozent der Befragten befanden, dass die Demokratie in Frankreich nicht gut funktioniert. Die drei Bewegungen LREM, LFI und die Gelbwesten können als ganz unterschiedliche und doch aufeinander bezogene Antworten auf diese Zahlen gelesen werden. Sind sie Symptom einer tiefen Vertrauens-, Parteien- oder gar Demokratiekrise? Oder können sie der Anstoß für eine demokratische Wiederbelebung sein?

2.2 Italien | Caroline Kanter und Silke Schmitt

Movimento Cinque Stelle (M5S)

Die Fünf-Sterne-Bewegung (original Movimento Cinque Stelle, M5S) ist bei den Parlamentswahlen im März 2018 mit einem Ergebnis von 32 Prozent zum ersten Mal stärkste politische Kraft in Italien geworden. In einer Koalition mit der rechtspopulistischen Lega ist sie seit Juni 2018 in der Regierungsverantwortung. Diesen politischen Erfolg konnte die Bewegung knapp zehn Jahre nach ihrer Gründung verbuchen.

Der italienische Komiker Guiseppe Piero („Beppe“) Grillo hatte die Bewegung im Oktober 2009 ins Leben gerufen, nachdem er bei den Vorwahlen der sozialdemokratischen Partei „Partito Democratico“ (PD) als Kandidat abgelehnt wurde. Bereits seit 2005 hatte Grillo auf seinem Blog für seine Ideen geworben. Diese Internetplattform (www.beppegrillo.it) hatte er zusammen mit dem Internetunternehmer und Marketingstrategen Gianroberto Casaleggio aufgebaut. Wie Casaleggio träumte auch Grillo von der direkten Demokratie per Mausclick. Die Kommunikation durch den Blog hat, neben der Mobilisierung der Bürger auf Marktplätzen in großen und kleinen Gemeinden in ganz Italien, einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Bewegung geleistet.

M5S definiert sich als post-ideologisch – weder rechts noch links. Ihre Entscheidungen basieren auf keinem gemeinsamen Wertefundament. In der Hymne der Bewegung heißt es: „Wir sind keine Partei, wir sind keine Kaste. Wir sind Bürger, Punkt und basta. Jeder ist dem anderen gleich.“²⁴ Dieses Konzept spiegelt sich in der Auswahl der Mandatsträger der Bewegung wider: Premierminister Giuseppe



Conte bezeichnet sich selbst als „einfacher Bürger“ und verfügt über keine politische Erfahrung – so wie viele der Mandatsträger ohne vorheriges politisches Engagement Ämter übernehmen. Das ist für die Bewegung wichtig. Ehrlichkeit bedeutet für M5S auch, fern der politischen Kaste zu stehen.

Viele der Mandatsträger verfügen über keine politische Erfahrung.

Der Aufstieg von M5S ist nach Einschätzung von Politikanalysten und Experten möglich geworden, weil die politische Elite Italiens in einer tiefen Krise steckt: „Die heutige Politik ist tot. Sie hat keine Ressourcen. Ihr ist nur noch eine Rolle geblieben: Sündenbock sein für die Wut der Bürger“, so der Historiker Giovanni Orsina kurz nach den Parlamentswahlen 2018, bei der sich jeder zweite italienische Wähler für eine Anti-System-Partei entschieden hatte.²⁵ Die Anfänge dieser Krise gehen bis in die 1990er Jahre zurück. Durch den Korruptionsskandal „Mani pulite“ kam es in Italien zum Vertrauensbruch zwischen Bürgern und politischen Parteien. Beppe Grillo war einer der Ersten, der in seinen Shows Korruption in den Parteien anprangerte. Weder den Christdemokraten noch der politischen Linken ist es gelungen, das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen. Weder der Unternehmer Silvio Berlusconi noch der ehemalige EU-Kommissar Mario Monti konnten auf der politischen Bühne überzeugen. Die sogenannte Technokraten-Regierung unter Monti (2011–2013) empfanden viele Italiener als von der Europäischen Union aufoktroziert. Der Wunsch nach Neuwahlen wurde jedoch ignoriert. Experten sehen hier einen Grund für die zunehmende Stärke der Anti-Establishment-Bewegung M5S und der rechtspopulistischen Partei Lega. Sowohl die Fünf-Sterne-Bewegung als auch die Lega können mit ihrem Vorhaben bei den Wählern punkten, „die alte politische Kaste nach Hause zu schicken“, um das Gesicht der italienischen Politik radikal zu verändern.²⁶

Der Aufstieg von M5S ist aufgrund der Krise der politischen Elite in Italien möglich geworden, deren Anfänge in die 1990er Jahre zurückgehen.

Unabhängig von der politischen Krise war das Vertrauen der Italiener in politische Institutionen insgesamt sehr niedrig.

Doch auch unabhängig von der politischen Krise war das Vertrauen der Italiener in politische Institutionen insgesamt sehr niedrig. Unter der aktuellen Regierung hat sich das jedoch verbessert: 20,8 Prozent der Italiener bestätigen ihr Vertrauen in politische Institutionen (2018 waren es 13 Prozent und 2017 nur 7,7 Prozent). Auch die Zufriedenheit mit Blick auf die Regierungsarbeit ist im Gegensatz zum Vorjahr um 15 Prozentpunkte auf 36,7 Prozent gestiegen.²⁷

Genauso wie die Wählerbasis zeichnen sich auch Führungsspitze und Mandatsträger durch Heterogenität aus. Die Personen kommen sowohl aus dem rechten als auch aus dem linken Spektrum und vertreten demnach differente Positionen. Außerdem verfügen sie über unterschiedliche Bildungsniveaus. Ein gemeinsames Merkmal der Führungsspitze und der Mandatsträger ist, dass sie über wenig bis gar keine politische Erfahrung verfügen. Die Bewegung ist hierarchisch strukturiert. Wenige Personen leiten die Geschicke der Bewegung und treffen alle inhaltlichen wie personellen Entscheidungen.

Der Gründer Beppe Grillo wird als Garant der Bewegung bezeichnet. Von der Gründung 2009 bis zu den ersten Parlamentswahlen 2013 lässt sich innerhalb der Bewegung eine informelle Organisationsstruktur ablesen, die eng an Grillo geknüpft ist. Grillo stand durch seinen Blog und seine Veranstaltungen in engem Kontakt mit den Anhängern. Im Januar 2018 hat er seinen privaten Blog jedoch von der offiziellen Seite der Bewegung abgekoppelt. Zeitweise scheint er mit der Anti-Establishment-Bewegung, die mittlerweile selbst zum politischen Establishment gehört, zu fremdeln.²⁸

Seit September 2017 steht Luigi Di Maio an der Spitze der Bewegung. Der 32-Jährige ist Vizepremierminister und Minister für Wirtschaftliche Entwicklung, Arbeit und Sozialpolitik. Er steht für den „rechten“ Flügel der Bewegung. Im Wahlkampf legte er Wert auf einen moderaten Ton, um Unternehmern, den Finanzmärkten und dem Ausland die Angst vor der Bewegung zu nehmen. Di Maio möchte regieren. Durch ihn wird M5S Teil der politischen Klasse. Allerdings scheut er nicht davor zurück, mit einfacher Rhetorik und polemischen Attacken seine Anhänger zu mobilisieren. Seit M5S in der Regierungsverantwortung steht, hat sie stetig an Zustimmung im Land verloren und wurde mittlerweile von dem Koalitionspartner Lega in den Umfragen überholt.²⁹

Alessandro Di Battista, ein Vertreter des extrem „linken“ Flügels der Partei und Vertreter der anti-institutionellen Seite, ist Experte für Entwicklungspolitik. Nach den Parlamentswahlen war er abgetaucht und überließ die politische Bühne Luigi Di Maio. Di Battista gibt sich als eine Art Freigeist: Er schafft es, die Wählerschaft anzusprechen, die die antisystemischen und ursprünglichen Werte der Bewegung verkörpern. Er ist nah an der Basis und kann die Menschen auf der Piazza begeistern. Auf ihn setzte die Bewegung als Zugpferd im EU-Wahlkampf.

Zu den wichtigen Persönlichkeiten in der Bewegung zählt außerdem die römische Bürgermeisterin Virginia Raggi. Obwohl sie kaum Erfolge in der Hauptstadt vorzuweisen hat, erfreut sie sich einer hohen Beliebtheit bei Facebook.³⁰

Der eigentliche Drahtzieher der Bewegung ist jedoch der Unternehmer Davide Casaleggio. Im digitalen Universum sorgt er für den Erfolg der Bewegung. Marketingstrategien aus seinem Haus, das sorgfältige Auswerten von Meinungsumfragen und

Seit M5S in der Regierungsverantwortung steht, hat sie stetig an Zustimmung verloren.

Davide Casaleggio ist der eigentliche Drahtzieher der Bewegung. Er will Parlamente abschaffen und durch Online-Foren ersetzen.

das „Pushen“ entsprechender Nachrichten sorgen für den Erfolg in den sozialen Medien. Wie sein Vater denkt er das Konzept der direkten Demokratie per Mauseklick konsequent weiter: An dessen Ende steht nicht nur die Abschaffung der repräsentativen Demokratie, sondern die Abschaffung der Parlamente generell, die durch elektronische Parlamente ersetzt werden könnten. Auf diese Weise soll eine neue Bindung zwischen Institution und Bürger geschaffen werden.³¹ Casaleggio hat sich zudem zum Ziel gesetzt, das operative System der direkten Demokratie ins Ausland zu exportieren. Die monatlichen „Beiträge“³² der M5S-Abgeordneten an die Firma Casaleggios, rund 800.000 Euro pro Jahr, dienen diesem Vorhaben.³³

Die „Plattform Rousseau“ sollte diesen Traum der Demokratie per Mauseklick verwirklichen. Sie ist die Verbindung zwischen dem Unternehmen Casaleggios und den politischen Anliegen der Bewegung. Es handelt sich um ein webbasiertes Partizipationstool: Registrierte Mitglieder der Bewegung haben die Möglichkeit, an wichtigen politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Personen und Inhalte der M5S werden auf diese Weise bestimmt – etwa die Auswahl von Kandidaten oder die Abstimmung über das politische Programm. Die „Plattform Rousseau“ ist ein wichtiger Bestandteil der Organisationsstruktur der Bewegung und ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu anderen politischen Bewegungen in Italien. Vizepremier Di Maio hat den französischen Gelbwesten die Plattform Rousseau zur Nutzung angeboten.³⁴

Vizepremier Di Maio hat den französischen Gelbwesten die Plattform Rousseau zur Nutzung angeboten.

Die von der Bewegung propagierten Werte Transparenz und Ehrlichkeit fehlen jedoch in den Strukturen der Bewegung: Querulanten werden von der Führungsspitze ohne Angabe von Gründen ausgeschlossen. Die fehlende Transparenz bei der Auswahl der Kandidaten oder das nachträgliche Modifizieren von Wahlprogrammen, die bereits von den Mitgliedern online verabschiedet wurden, haben in der Vergangenheit für Kritik gesorgt.³⁵

Querulanten haben bei M5S keinen Platz. Abgeordnete werden auf Parteilinie gezwungen.

Mit Blick auf die Politik der heute in der Regierungsverantwortung stehenden Bewegung sind die mangelnde klare Positionierung und die fehlende Wertebasis evident. Die Fünf-Sterne-Bewegung hat heute wenig mit ihren ursprünglichen Grundüberzeugungen gemein. Die im Gründungsmanifest der Bewegung „Carta di Firenze“ am 8. März 2009 veröffentlichten Grundsätze waren von konkreten sozial-ökologischen Anliegen geprägt. Die „Fünf Sterne“ stehen für Wasser (gegen Privatisierung der Wasserversorgung), Umweltschutz, Energie, Transport und nachhaltige Entwicklung. Die ursprünglichen fünf Ziele der Bewegung finden sich heute kaum noch in der aktuellen Agenda. Es geht immer weniger um die Reduzierung des Konsums in der sogenannten Überfluggesellschaft und immer mehr um die Kritik an der „politischen Kaste“ und ihrer „Privilegien“. Das Thema Umweltschutz kam in den Wahlen ab 2013 kaum noch vor, auch 2018 spielte es eine untergeordnete Rolle. Bei der Formulierung politischer Positionen orientiert sich M5S an der aktuellen Stimmung in der Bevölkerung. Meinungsumfragen spielen eine wichtige Rolle. Die Wählerbasis ist heterogen, volatil und von kurzfristigen gemeinsamen Interessen für konkrete Ziele geleitet, u. a. die Einführung eines Bürgereinkommens.³⁶

Die ursprünglichen Ziele der Bewegung, finden sich heute kaum noch in der aktuellen Agenda. M5S orientiert sich an Stimmungen in der Bevölkerung.

Bei den Parlamentswahlen 2013 zog die Bewegung erstmals mit einem überraschenden Ergebnis von rund 25 Prozent in den italienischen Senat und in die Abgeordnetenversammlung ein. Seither ist die Anti-Establishment-Bewegung, die die „politische Kaste“ als ihren eigentlichen Gegner identifiziert hat, Teil des politischen

Systems in Italien – auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. Die Wahlergebnisse zeigen, dass die Bewegung vor allem im Süden Italiens Unterstützer findet. Als M5S 2013 erstmals ins Parlament einzog, lehnte sie sogenannte *inciuci*, politische Kuhhandel oder „Tachtelmechtel“, strikt ab und stand für Regierungskoalitionen nicht zur Verfügung. Die Abgeordneten, einfache Bürger ohne politische Erfahrung, fanden sich anfangs nur schwer im politischen Umfeld zurecht und mussten in ihre Rolle hineinwachsen.

Bei den Parlamentswahlen 2018 stieg die Partei zur stärksten politischen Kraft auf.

Bei den Parlamentswahlen 2018 stieg die Partei mit Luigi Di Maio als Anführer und Beppe Grillo als Garanten zur stärksten politischen Kraft auf. In dieser Rolle hat Di Maio viele Kandidaten eigenständig identifiziert und den Wahlkampf auf seine Person zugeschnitten. Grillo wirkte hinter den Kulissen als Anker der Bewegung.³⁷ M5S stieg mit 32 Prozent zur stärksten politischen Kraft im italienischen Parteiensystem auf.

Das schlechte Abschneiden bei den Regionalwahlen setzt die Bewegung unter Druck.

Bei den Regionalwahlen in den Abruzzen und in Basilikata im Frühjahr 2019 konnte M5S nicht überzeugen und lag bei knapp 20 Prozent. Bei den Parlamentswahlen 2018 hatten in diesen Regionen rund 40 Prozent für M5S gestimmt. Die Regionalwahlen galten als Stimmungstest für die Europawahl im Mai 2019, die für M5S zu einem Desaster wurde. Die Partei erreichte nur 16,7 Prozent und damit nur halb so viele Stimmenanteile wie bei der Parlamentswahl ein Jahr zuvor. Das schlechte Wahlergebnis setzte M5S unter Druck und hat eine Debatte über eine Neuausrichtung der Bewegung in Gang gesetzt. Di Maio regte eine kritische Diskussion über die personelle und inhaltliche Positionierung der Bewegung an. Einige Experten sehen darin die Entwicklung der Bewegung hin zu einer klassischen Partei.³⁸

Auf kommunaler Ebene stellt die Bewegung 49 Bürgermeister in ganz Italien (von 8.000 Kommunen). Das sind knapp 0,5 Prozent aller Kommunen. Allerdings regieren M5S-Vertreter seit den Kommunalwahlen 2016 in wichtigen Städten wie Rom und Turin. Diese, aber auch die anderen Amtsinhaber der M5S wurden von der Bewegung lediglich aufgestellt, weil sie „einfache ehrliche Bürger“ waren. Ihnen fehlte jede Erfahrung im politischen und administrativen Geschäft und sie haben nun als Bürgermeister große Schwierigkeiten, sich in dieser Rolle zurechtzufinden.

Im Europäischen Parlament will M5S eine Fraktion mit „Gleichgesinnten“ gründen. Zu den Gelbwesten wurden auch Verbindungen geknüpft.

Auf europäischer Ebene gehörte die Fünf-Sterne-Bewegung bislang der Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD) an, wo sie neben der UK Independence Party (UKIP) die stärkste Gruppe stellte. Im EU-Parlament will M5S nach den Wahlen eine Fraktion mit „Gleichgesinnten“ gründen. Dieser Fraktion sollen nach Aussage der M5S die kroatische Partei Zivi Zid, die finnische Liike Nyt, die griechische Akkel und die polnische Kukiz'15 angehören.³⁹ An einer Kooperation mit den Gelbwesten hat M5S ebenfalls Interesse gezeigt. Die Fünf-Sterne-Bewegung zielt demnach auf Parteien und Bewegungen anderer EU-Mitgliedsstaaten ab, die sich weder den rechten nationalistischen Parteien zugehörig fühlen noch Teil der „traditionellen“ politischen Kräfte sind, die bislang die Federführung im Europäischen Parlament innehatten.

Ausblick

Die politische Realität zwingt M5S zu Entscheidungen, die unvereinbar sind mit den Grundprinzipien, die sich die Bewegung einst selbst auferlegt hat. Langfristig gesehen, besteht das Risiko einer Implosion oder Explosion der Bewegung. Es herrscht Uneinigkeit darüber, ob man zukünftig fester Bestandteil des politischen Establishments werden möchte oder nicht.

M5S ist heute Teil eines politischen Systems, das die Bewegung ursprünglich abschaffen wollte. Erste „Korrekturen“ innerhalb des Systems sind der M5S bereits gelungen.⁴⁰ Es stellt sich jedoch grundsätzlich die Frage, ob die Bewegung die Veränderung von „innen“ oder von „außen“ herbeiführen möchte und wie sich die Bewegung in dieser „Regierung des Wandels“ selbst verändern wird. Dabei bleibt abzuwarten, ob sie den Sprung hin zu einer etablierten Kraft des politischen Systems, also eine Art Partei, schaffen möchte und schaffen kann. Dazu müsste sie einen Teil ihrer politischen Überzeugungen und ihrer ursprünglichen Wählerschaft hinter sich lassen. Hinzu kommen Überlegungen der direkten Demokratie, die die Daseinsberechtigung des Parlaments generell in Frage stellen. Auch hier bleibt abzuwarten, in welche Richtung sich diese Überlegungen tatsächlich entwickeln. Einige Politikwissenschaftler sehen die Fünf-Sterne-Bewegung als populistisches Phänomen, das im italienischen Parteiensystem in dem Sektor angesiedelt ist, der in anderen europäischen Ländern von rechten politischen Kräften besetzt wird.⁴¹ Sowohl Grillo als auch Premierminister Conte bezeichnen sich selbst als „Populisten“. Sie versuchen jedoch, dem Begriff ihre eigene Bedeutung zuzuordnen.⁴² In der Koalition mit der Lega hat die Bewegung an Zustimmung verloren. Der anfangs deutlich kleinere Partner ist gewachsen: Die Lega hat in aktuellen Umfragen mit über 33 Prozent den anfänglichen Platz der M5S eingenommen.⁴³

Bei den traditionellen politischen Parteien wie dem sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) oder der Forza Italia (FI) gibt es starke Vorbehalte gegenüber M5S. Es wird auf klare Abgrenzung gesetzt. Das gilt sowohl für Inhalte als auch für die strategische Ausrichtung, wenngleich einzelne Stimmen aus dem PD sich für eine Zusammenarbeit mit M5S aussprechen. Ob und in welcher Form es zu einer Annäherung oder Kooperation beider politischen Kräfte kommen könnte, hängt zum einen von M5S und zum anderen stark von der zukünftigen Ausrichtung des sozialdemokratischen PD unter der Führung von Nicola Zingaretti ab. Einige Experten gehen davon aus, dass M5S immer schwächer wird und es zu einer Spaltung der Bewegung kommen könnte. Teile von M5S und des PD könnten sich dann bzw. einer neu zu gründenden politischen Linken anschließen.

Trotz dieser Spekulationen über eine Annäherung gilt es festzuhalten, dass sowohl für den PD als auch für FI die Fünf-Sterne-Bewegung der politische Gegner schlechthin ist. Teilweise ist M5S gar zum Feindbild mutiert. Mit scharfen rhetorischen Attacken versuchen sie sich von ihnen zu distanzieren, sowohl was die Positionen als auch Methoden angeht. Dass es jedoch tatsächlich zu einer Entfremdung zwischen Wählern und Politik in den vergangenen Jahren gekommen ist und diese Distanz überwunden werden muss – zu dieser Sensibilisierung hat M5S in den vergangenen Jahren sicher beigetragen.

M5S ist heute Teil eines politischen Systems, das die Bewegung ursprünglich abschaffen wollte.

In der Koalition mit der Lega hat die Bewegung an Zustimmung verloren.



2.3 Polen | Bartosz Rydliński

Kukiz'15

Kukiz'15 ist eine politische Kraft, die im Jahr 2015 nach dem spektakulären Ergebnis des Rockmusikers Paweł Kukiz in der Präsidentschaftswahl entstand, in der dieser mehr als 21 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang erreichte. Zum ersten Mal in der 30-jährigen Geschichte der 3. Republik wurde eine bislang nur als Bühnenkünstler bekannte Person zu einer so bedeutenden politischen Figur. Das Ergebnis von Kukiz sowie seine Hauptforderung nach Einführung eines Mehrheitswahlsystems, basierend auf Wahlkreisen mit einem Mandat, spielte im gewissen Sinne eine der Schlüsselrollen im zweiten Wahlgang bei der Präsidentschaftswahl, in der Andrzej Duda zum Präsidenten gewählt wurde.

Der damalige Präsident Bronisław Komorowski, der ebenfalls bei dieser Wahl kandidierte, rief eine verfassungsrechtlich bedenkliche Volksabstimmung aus, deren Ziel es war, den Weg zur Einführung des von Paweł Kukiz geforderten Wahlsystems zu ebnet. Die Volksabstimmung endete jedoch in einer deutlichen Niederlage. Die Wahlbeteiligung lag bei lediglich 7,8 Prozent. Komorowski selbst verlor die Präsidentschaftswahl, wenngleich die Forderungen von Paweł Kukiz ihm eine große Aufmerksamkeit in der öffentlichen Debatte bescherte und seine Bewegung Kukiz'15 an politischer Bedeutung gewann.

Der Verein und das Wahlkomitee Kukiz'15 stellten den Versuch dar, die Bürgerinnen und Bürger in ein breiteres Projekt einzubeziehen. Ziel war es, den traditionellen Parteien „den Staat zu entziehen“. Hauptforderung von Paweł Kukiz und seines Vereins, der bewusst nicht zu einer politischen Partei wurde, ist die Einführung eines all-

Der Rockmusiker Paweł Kukiz wurde durch seine Bewegung zu einer bedeutenden politischen Figur.

gemeinen Mehrheitswahlsystems mit Einerwahlkreisen sowie Volksabstimmungen in Polen, in denen die Bürger und die Bürgerinnen die Möglichkeit hätten, politische Entscheidungen mitzubestimmen.

Kukiz'15 ist stark anti-Establishment-orientiert und hat einen nationalistischen Charakter. Dem Programm kann unter anderem entnommen werden:

„Wir lieben Polen. Wir sind Mitglieder eines großen und herrlichen Volkes. Wir sind die Stimme des Volkes, das wach wurde und die Kontrolle über seinen Staat zurückerlangen will. Wir wissen, dass sich das Beste in unserem Land aus dem Patriotismus, dem Fleiß und der Innovationskraft der Polen ergibt. Wir sind nicht damit einverstanden, dass das riesige Potenzial und der Ehrgeiz der Polen weiterhin verschwendet werden (...). Die Macht in Polen kann nicht Parteioligarchien gehören, kann auch nicht fremden Regierungen, internationalen Korporationen oder ausländischen Medien gehören. Die hoheitliche Gewalt in unserem Land soll ausschließlich dem Volk gehören!“⁴⁴

Dieser Abschnitt spiegelt die ideologische Färbung der Bewegung wider. Zusätzlich muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass diese Bewegung immer wieder auf Gefahren hinweist, die sich aus der Globalisierung, der zu starken Abhängigkeit von der Europäischen Union und dem ausländischen Kapital ergeben.

Bei der Parlamentswahl 2015 erreichte das Wahlkomitee Kukiz'15 den dritten Platz mit 8,81 Prozent der Stimmen. Aus diesem Wahlkomitee kamen zudem Mitglieder anderer rechtsorientierten politischen Parteien, darunter Ruch Narodowy, Unia Polityki Realnej oder Kongres Nowej Prawicy, in den Sejm. Obwohl sich Kukiz'15 selbst als apolitische Bewegung bezeichnet, wird diese Formation als rechtspopulistische Bewegung angesehen. Neben dem Programm zeugen auch die Äußerungen der Abgeordneten davon, die ihre nationalistischen, antiliberalen und anti-Establishment-orientierten Ansichten nicht verbergen. Im Januar 2016 verkündete Kukiz'15 den Beginn der Sammlung von Unterschriften für einen gesellschaftlichen Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung. Ziel dieser Abstimmung war es, die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten im Rahmen eines sogenannten Umsiedlungsvorschlags der EU zu stoppen.

Aufgrund interner Konflikte verließen zahlreiche Abgeordnete die Fraktion Kukiz'15. Während sie zu Beginn der Legislaturperiode noch aus 42 Abgeordneten bestand, hatte sie im Februar 2019 nur noch 26 Abgeordnete.

Die Fraktion Kukiz'15 selbst zeigt eine mindestens ambivalente Einstellung zu anderen rechtsorientierten Formationen, einschließlich der Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS). Kukiz'15 stimmt bei zahlreichen Themen zusammen mit der PiS-Fraktion ab, soweit es um Weltanschauungsfragen oder Vergangenheitspolitik geht. Die Abgeordneten von Kukiz'15 versuchten mehrmals, rechts an PiS „vorbeizugehen“ und sie in der Radikalität ihres Tonfalls zu überbieten. Der ehemalige Abgeordnete von Kukiz'15, Adam Andruszkiewicz, nimmt seit Jahren aktiv an Manifestationen und Demonstrationen des radikalen und faschistischen rechten Lagers teil. Zudem verlangte er häufiger als mancher PiS-Politiker, den ehemaligen Ministerpräsidenten der Republik Polen und den Vorsitzenden der Partei Platforma Obywatelska (PO) sowie den derzeitigen Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, vor ein Staatstribunal zu stellen. PiS, die die Gefahr sieht, mögliche Wähler zu verlieren, versucht, die Politiker, die von den Listen

Kukiz'15 ist anti-Establishment-orientiert und hat einen nationalistischen Charakter.

Kukiz'15 versuchte mehrmals, PiS rechts zu überholen.

des Wahlkomitees Paweł Kukiz gewählt wurden, auf ihre Seite zu ziehen. Anfang 2019 wurde Andruszkiewicz Teil der PiS-Regierung. Zuvor verließ Kornel Morawiecki, Vater des Ministerpräsidenten der Regierungspartei PiS, Mateusz Morawiecki, die Fraktion Kukiz'15 und gründete einen aus wenigen Mitgliedern bestehenden Abgeordnetenkreis unter dem Namen Wolni i Solidarni, der derzeit als inoffizieller Koalitionspartner der Partei PiS im polnischen Parlament gilt. Alle anderen Parteien der sogenannten liberalen Opposition kooperierten nicht mit Kukiz'15.

Trotz der Schwäche im Parlament ist der Einfluss von Kukiz'15 auf die öffentliche Debatte stark.

Erwähnenswert ist, dass der Einfluss von Kukiz'15 auf öffentliche Debatten trotz der aktuellen Schwäche der Fraktion unverhältnismäßig stark ist. Als Beispiel kann die Novellierung des Gesetzes über das Nationale Gedenkinstitut genannt werden, wonach es strafbar werden sollte, dem polnischen Volk die Beteiligung an deutschen Nazi-verbrechen zuzuschreiben. Auf Druck der USA und aus Israel strich die PiS-Regierung diese Vorschrift aus dem geltenden Recht. Paweł Kukiz bezeichnete diese Entscheidung jedoch als „Dilettantismus“ und „Feigheit“. Zusätzlich wird der Anführer der Bewegung immer wieder des Antisemitismus beschuldigt, weil er wiederholt Juden für Verbrechen des Stalinismus mitverantwortlich machte, zu denen es ab 1945 in Polen kam.

Bei den Kommunalwahlen 2018 erreichte Kukiz'15 5,6 Prozent der Stimmen. Es gelang der Bewegung jedoch nicht, wenigstens einen Abgeordneten in die Woiwodschafstagen zu senden. Der einzige Erfolg von Kukiz'15 war der Sieg des Kandidaten zum Bürgermeister von Przemyśl. Das durchschnittliche Ergebnis der Umfragen aus dem letzten Monat ergibt für die Bewegung einen Stimmenanteil von etwa sieben Prozent. Eine auf diesem Niveau anhaltende Zustimmung würde der Bewegung sowohl die Vertretung im Europäischen Parlament als auch im Sejm sichern.

Razem

Die Partei Razem (deutsch: Gemeinsam) wurde im Mai 2015 gegründet, um an der Parlamentswahl im Oktober desselben Jahres teilnehmen zu können. Ziel war es, eine neue soziale Linke zu etablieren. Sie sollte ausgegrenzte und arbeitslose Personen, solche, die dem Prekariat zugeordnet werden, sowie all diejenigen Personen repräsentieren, die eine linke Vertretung im Sejm vermissen.

Ziel von Razem war es, eine neue soziale Linke zu etablieren.

Razem ist eine linke Protestbewegung. Wichtig für ihr Selbstverständnis ist eine deutliche anti-Establishment-Orientierung. Zu Beginn des Programms heißt es:

„Wir gründeten Razem, weil wir es satt sind. Wir sind der prekären Arbeit sowie der Kredite für 30 Jahre satt. Wir sind der Steuervergünstigungen für große Korporationen und Banken satt. Wir sind der Kaste der Politiker satt, die nicht wissen, wie normale Menschen leben.“⁴⁵

Die Bewegung gründeten ehemalige Mitglieder der Młodzi Socjaliści, einer Jugendorganisation, die sich im Jahr 2005 von der Mitte-links-Partei Unia Pracy trennte, und der Partia Zieloni. Bei den Gründerinnen und Gründern handelte es sich überwiegend um gut ausgebildete junge Menschen, die sich von linken gesellschaftlichen Bewegungen und anti-Establishment-orientierten Parteien, wie Podemos in Spanien oder Syriza in Griechenland, inspirieren ließen. Eine Anknüpfung an die spanische neue Linke ist nicht nur in den Ansichten oder dem deliberativen und partizipativen Stil der Führung der Partei, sondern auch in der angewandten violetten Farbgebung erkennbar.

Die Gründer von Razem ließen sich von Podemos in Spanien oder Syriza in Griechenland inspirieren.



Razem verzichtete von Beginn an darauf, sich auf lediglich eine Führungsfigur zu fokussieren. Dies würde im Widerspruch zur demokratischen Natur der Bewegung stehen, wenngleich dies ein Merkmal vieler anderer Bewegungen ist. Dennoch ist Adrian Zandberg der bekannteste Vertreter der Bewegung. Razem erreichte im Wahljahr 2015 3,62 Prozent der Stimmen. Dies wurde von vielen als Erfolg angesehen, obwohl die Bewegung nicht in den Sejm einzog. Das Ergebnis ermöglichte der neuen Linken jedoch eine Teilnahme an der staatlichen Parteienfinanzierung.

Razem versuchte in den zurückliegenden Jahren, sich zu einer Alternative nicht nur für die stärkste polnische linke Partei Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD), sondern auch für die zwei anderen großen Parteien, Prawo i Sprawiedliwość (PiS) und Platforma Obywatelska (PO), zu entwickeln. Razem war bemüht, eine strategische Beziehung mit der „roten“ Gewerkschaftszentrale Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (OPZZ) aufzubauen, indem sie die Aktion „Meine Rechte werden verletzt“ mitinitiierte. Ziel dieser Aktion war es, die Öffentlichkeit auf das Problem der Missachtung von Arbeitnehmerrechten aufmerksam zu machen.

Zusätzlich konzentrierte sich Razem auf Themen wie Lohnerhöhung, Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 75 Prozent für natürliche Personen, den öffentlichen Wohnungsbau, das Verbot von Zwangsrummung, Verhinderung der Privatisierung des Gesundheitswesens, die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, Erhöhung der Bildungsausgaben, darunter Erhöhung der Gehälter für Lehrer, Dezentralisierung des Staates, Senkung der Gehälter der Parlamentarier und deren Verknüpfung mit Mindestlohn sowie den Umbau der polnischen Wirtschaft hin zu einer sauberen Industrie mit zahlreichen Arbeitsplätzen.

Razem versuchte, eine Alternative zu den Traditionsparteien darzustellen.

Der Misserfolg der Unterschriftensammlung zeugte von massiven strukturellen Defiziten.

Der einzige Erfolg war die Wahl des Bürgermeisters von Leśna, der jedoch nach der Wahl aus der Bewegung austrat.

Im Mai 2018 verkündete Razem, dass sie mit der Sammlung von Unterschriften für den Entwurf eines Gesetzes eintritt, das die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden verkürzen sollte. Ab diesem Zeitpunkt begannen jedoch die größten Probleme der neuen Bewegung. Der Partei gelang es nicht, die erforderlichen 100.000 Unterschriften zu sammeln. Am Ende konnte die Bewegung nicht einmal die Hälfte der notwendigen Unterschriften vorweisen. Das zeigte deutlich, dass die Organisation wirkungslos ist, keine ausgebaute und leistungsfähige Struktur besitzt, die für das gute Funktionieren einer jeden politischen Partei notwendig ist. Dies hat eine besondere Bedeutung im Hinblick auf die Tatsache, dass die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit einer der grundlegendsten Punkte von Razem war. Diese Niederlage hatte auch einen direkten Einfluss auf das katastrophale Ergebnis in der Kommunalwahl im Jahr 2018. Trotz der erheblichen Geldmittel aus der Staatskasse fehlte es Razem an Präsenz im ganzen Land. Das Ergebnis waren lediglich 1,57 Prozent der Stimmen in ganz Polen. Kein einziger Kandidat zog in einen der Woiwodschaftstage ein. Alle Kandidaten, die von Razem bei den Wahlen von Präsidenten von Städten und den Wahlen von Stadträten unterstützt wurden, erzielten sehr schlechte Ergebnisse. Der einzige Erfolg war der Sieg des Kandidaten von Razem bei der Wahl des Bürgermeisters der kleinen Ortschaft Leśna. Der Kandidat trat nach der Wahl jedoch aus der Bewegung Razem aus.

Nach diesen Niederlagen schlug Razem die Gründung einer gemeinsamen linken Wahlkoalition für die Europawahl 2019 vor. SLD, die Grünen und Razem gründeten ein Bündnis und begannen programmatische Vorüberlegungen. Das Vorhaben geriet jedoch schnell ins Stocken, nachdem der ehemalige Bürgermeister der Stadt Słupsk, Robert Biedroń, mit Wiosna eine eigene Bewegung gründete und deutlich machte, dass diese dem Bündnis nicht beitreten werde. SLD und die Grünen hingegen beschlossen, der breiten, oppositionellen Allianz unter der Bezeichnung Koalicja Europejska beizutreten. Die Partei Razem nahm daraufhin Gespräche mit Wiosna über ein gemeinsames Bündnis bei der nächsten Europawahl auf. Am Tageslicht kam jedoch eine Veröffentlichung über den Verlauf der Verhandlungen, die die Erzielung einer Einigung unwahrscheinlich erscheinen ließ. Nach Meinung von Razem verlangte die neue Formation um Robert Biedroń von Razem rund eine Million Złoty, den Verzicht auf den Namen der Bewegung im Wahlkomitee und das Verbot der Teilnahme des Kandidaten Adrian Zandberg, der zu populär und zu eng mit der Partei Razem verbunden sei. Wiosna witterte die Gefahr, dass sein Auftreten zu einem Problem für die „neue“ Partei werden könnte. Im Gegenzug sollte Razem die Möglichkeit erhalten, den ersten und zweiten Platz auf der Wahlliste zu besetzen. Am nächsten Tag verkündete das Vorstandsmitglied Agnieszka Dziemianowicz-Bąk den Austritt aus der Partei Razem.

Im Februar 2019 wurden in *Krytyka Polityczna*, einer einflussreichen Zeitschrift der polnischen neuen Linken, mehrere Artikel veröffentlicht, in denen dargelegt wird, dass die Partei Razem in der derzeitigen politischen Situation keine Daseinsberechtigung mehr hat. Schon ab Juli 2018 wurde ein deutlicher Mitgliederrückgang sichtbar, da zahlreiche ehemalige Razem-Anhänger in die Bewegung Wiosna von Robert Biedroń eintraten. Das durchschnittliche Ergebnis aus jüngsten Umfragen unterschreitet inzwischen ein Prozent, sodass die Bewegung Razem als mittlerweile irrelevant eingestuft werden kann.

Das Projekt Razem ist gescheitert.

2.4 Spanien | Wilhelm Hofmeister und Martin Friedek

In Spanien erleben neue, aus Bewegungen hervorgegangene Parteien seit einigen Jahren großen Zulauf. Hier sind insbesondere Podemos und Vox interessant, die je nach Konzeption und Definition auch als politische Bewegungen bezeichnet werden könnten. Seit 2014 sind beide jedoch als Parteien registriert. Sie verfügen mittlerweile über einen recht hohen strukturellen Organisationsgrad und weite territoriale Verbreitung.

PODEMOS: Von der Protestbewegung zur konsolidierten Partei

Podemos ist im Zuge der Protestbewegung 15-M entstanden, einer Großdemonstration an der Puerta del Sol in Madrid, die, beginnend am 15. Mai 2011, 28 Tage dauerte und weitere Demonstrationen in anderen Landesteilen nach sich zog. Ausgelöst wurde der Protest der sogenannten Indignados (Empörte) u. a. durch den Unmut über die spanische Wirtschaftskrise, die 2008 einsetzte und die Jugendarbeitslosigkeit nahezu explodieren ließ, den Enthusiasmus über den „Arabischen Frühling“, im Zuge dessen einige Akteure ebenfalls endlich „echte Demokratie“ in Spanien implementieren wollten, die Kritik am spanischen Zwei-Parteien-System aus PP und PSOE (genannt PPSOE) und die Kritik an der bestehenden Korruption in beiden Großparteien sowie die anstehenden Kommunalwahlen im Mai 2011, im Zuge derer die „Empörten“ mehr direkte, partizipative Demokratie einfordern wollten. Die Organisatoren des 15-M vertraten stets den Anspruch, eine parteilose, gewerkschaftsferne, soziale Protestbewegung zu sein. Einige Anführer der Protestbewegung begannen dann aber, die Indignados, die heterogenen Wählerschichten angehör(t)en, unter einem parteipolitischen Vorzeichen zu organisieren und die Bewegung damit politisch zu verstetigen.

Die Dichotomie zwischen politischem Änderungsanspruch und der gleichzeitigen Ablehnung von festen politischen Strukturen und Hierarchien kennzeichnet nach wie vor die Rhetorik von Podemos. In der Praxis ist sie jedoch längst eine etablierte Partei. Der Soziologe Kerman Calvo diagnostiziert sogar: „Der 15-M hat für die politischen Projekte wie Podemos, Ganemos und andere den intellektuellen Unterbau geschaffen“. Führungsfiguren bei den Protesten wie bspw. Pablo Padilla tauchten später auf den Wahllisten von Podemos auf. Der heutige Parteivorsitzende Pablo Iglesias war damals noch kein aktiver Politiker und arbeitete im Hintergrund für Izquierda Unida als Berater. Gerade diese Distanz zum Establishment, um die Podemos als Protestpartei stets warb, gepaart mit seinem zivilgesellschaftlichen Engagement in der extremen Linken, brachten Iglesias letztendlich die Spitzenkandidatur von Podemos 2014 bei den Europawahlen ein. Podemos wurde zwar im Januar 2014 als Bewegung vorgestellt, registrierte sich dann jedoch kurz darauf als Partei. Bei den Europawahlen 2014 gewann sie auf Anhieb fünf Mandate.

Die maßgeblichen Gründungsmitglieder von Podemos waren Luis Alegre, Carolina Bescansa, Juan Carlos Monedero, Tania González, Íñigo Errejón und Pablo Iglesias. Bis auf Letzteren sind alle anderen mittlerweile aus der Parteiführung ausgeschieden. Intern gibt es zwei Hauptströmungen: Die Pragmatiker organisieren sich hinter Íñigo Errejón, sind jedoch in der Minderzahl. Die Ideologen und sogenannten Progressisten versammeln sich um Iglesias. Eine dritte, aber schwächere Strömung bilden die Antikapitalisten, die im Zweifelsfall Iglesias näherstehen als Errejón. Carolina Bescansa versuchte zuletzt erfolglos, eine eigene vierte Strömung zu etablieren.

Ihren Ursprung hatte Podemos in den Unmutsäußerungen über die spanische Wirtschaftskrise 2008, im Enthusiasmus des Arabischen Frühlings und in der Kritik am Zwei-Parteien-System.

Die meisten Gründungsmitglieder sind aufgrund von Differenzen mit Pablo Iglesias aus dem innersten Zirkel der Parteiführung ausgeschieden.



Kritiker von Iglesias werden schnell entfernt. Er nutzt dabei seine Führungsrolle und umfassenden Kompetenzen aus, die das spanische Parteiengesetz den Vorsitzenden zugesteht.

auch mit Hilfe von parteiinternen Wahlen. Iglesias verhält sich dabei genau wie die übrigen Parteiführer des politischen Establishments in Spanien. Er nutzt die starke Führungsrolle und umfassenden Kompetenzen aus, die das spanische Parteiengesetz den Vorsitzenden zugesteht. Als charismatisch kann Iglesias höchstens gegenüber seinen eigenen Anhängern und den engeren Parteizirkeln von Podemos gelten. In den allgemeinen Meinungsumfragen liegt er hinsichtlich seines Beliebtheitsgrades lagerübergreifend bei den Wählern seit Jahren auf dem letzten oder vorletzten Platz, was aber auch mit der allgemeinen Zustimmung zu Podemos zusammenhängt.

Podemos besitzt zwar konsolidierte Parteistrukturen, trat jedoch bei den Parlamentswahlen 2016 in einer Wahlkoalition mit anderen Linksrückstellungen unter dem Namen Unidos-Podemos („Vereint können wir“) an. Das wird sie auch bei den Wahlen Ende April 2019 wiederholen. Nur im Zusammenschluss mit weiteren nationalen sowie regionalen Splitterparteien gelingt es Podemos, im Großteil der spanischen Wahlbezirke Kandidaten zu präsentieren. Zu den wichtigsten Koalitionspartnern gehören u. a. landesweit die Izquierda Unida (Vereinte Linke), in der die ehemalige Kommunistische Partei Spaniens aufgegangen ist, Compromís in Valencia, En Comú in Katalonien und En Marea in Galizien. Der trotzkistische Schriftsteller und Philosoph Santiago Alba bringt zum Ausdruck, wie die Partei es innerhalb von nur einem halben Jahrzehnt geschafft hat, sich ins politische Establishment einzugliedern und damit bei vielen Wählern, die auf der Suche nach der permanenten Revolution sind, Enttäuschung hervorzurufen: „Podemos ist konventionell geworden, hat sich treiben lassen und will sich im Komfort einrichten. Viele Wähler sind enttäuscht, auch wenn sie vermutlich noch zähneknirschend Podemos wählen, so, wie man es früher mit der PSOE machte“⁴⁶.

Errejón und seine Anhänger verloren zunehmend an Einfluss. Der Mitbegründer der Partei will sich jedoch mit seiner Niederlage nicht zufriedengeben und handelte insgeheim für die Kommunalwahlen im Mai 2019 eine Kooperation mit der ebenfalls linkspopulistischen Plattform „Más Madrid“ aus. Als Errejón im Januar bekanntgab, auf Carmentas Liste Más Madrid als Spitzenkandidat für das Amt des Regionalpräsidenten der Autonomen Gemeinschaft Madrid zu kandidieren, schlug diese Nachricht bei Podemos völlig überraschend ein. Zwar erreichte Podemos, dass Errejón seinen Abgeordnetensitz im nationalen Parlament aufgab. Nichtsdestotrotz weigert er sich, seine Parteiämter aufzugeben, da er der „wahre“ Kandidat von Podemos sei. Iglesias ist nicht zuletzt seit dem schlechten Wahlergebnis von Podemos bei den Regionalwahlen in Andalusien, wo die Partei drei Mandate einbüßte, zusätzlich geschwächt.

Jede Führungsfigur, die es bisher gewagt hat, Kritik an Iglesias zu äußern, wurde aus dem innersten Zirkel der Parteiführung entfernt, in der Regel

Über 515.000 Sympathisanten zählt die Partei, wobei sich diese einfach online registrieren können und keine monatlichen Beitragszahlungen leisten. Nur die wenigsten zahlen auch für ihre Mitgliedschaft. Für 2014 gab Podemos nur rund 6.800 zahlende Mitglieder an.

Die Programmatik von Podemos ist dem linken politischen Spektrum zuzuordnen. Besonders in den ersten beiden Jahren versuchte die Partei (Führung) um Pablo Iglesias, neue Wähler unter den Enttäuschten, Empörten und Krisenverlierern zu gewinnen, indem sie eine Pauschalkritik an der „politischen Kaste“ übte, die sich angeblich aller staatlicher Institutionen bemächtigt hätte. Nur Podemos wäre demnach in der Lage, wahre Demokratie in Spanien zu schaffen, indem man die Privilegien und die Machtaufteilung von PP und PSOE beende, die unabhängig von jeglichem Wahlergebnis Bestand habe.

Besonders in den ersten Jahren versuchte Podemos neue Wähler unter den Enttäuschten, Empörten und Krisenverlierern zu gewinnen.

Podemos positioniert sich jedoch nicht nur gegen die traditionellen politischen Eliten, sondern kritisiert das gesellschaftliche und politische Establishment als neoliberal. Die Verquickung einer privilegierten Elite mit Wirtschaftsinteressen und einer neoliberalen Ordnung führt in den Augen von Podemos zu Armut und einem Verlust sozialer und politischer Beteiligungsrechte breiter Bevölkerungsschichten. Wegen der generellen Kritik an den etablierten Eliten und aufgrund des eigenen Anspruchs, den Willen einer breiten (sozial benachteiligten) Bevölkerungsschicht kollektiv zu vertreten, kann die Rhetorik von Podemos prinzipiell als populistisch eingestuft werden.

Die aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen von Podemos gehen einerseits aus den Wahlprogrammen für ganz Spanien von 2016 und für Andalusien 2018 hervor und wurden andererseits in den Haushaltsverhandlungen mit der PSOE zur Verabschiedung des Staatshaushaltes 2019 deutlich. Die Strategie von Podemos in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist und bleibt es, vor allem höhere Steuereinnahmen und eine redistributive Steuerpolitik zu fordern, wobei potenzielle Einnahmen notorisch zu hoch angesetzt werden. Im Wirtschaftsprogramm 2016 wurden Mehrausgaben von 24 Mrd. EUR jährlich bis 2019 gefordert, die nur vage über höhere Einkommenssteuern für Besserverdienende, höhere Unternehmensbesteuerungen und einen „Multiplikatoreffekt“ dank der expansiven Wirtschaft zu zwei Dritteln gegenfinanziert sein sollten. In Voraussicht dessen, dass diese Ziele wohl nicht erreicht werden dürften, forderte Podemos im gleichen Programm zugleich eine Änderung des Verfassungsartikels 135, um dem „Vorrang der Schuldentilgung vor allen weiteren wirtschaftspolitischen Erwägungen“ ein Ende zu bereiten und somit vermehrt Neuschulden aufnehmen zu können.

Kernforderungen von Podemos sind Steuererhöhungen für Besserverdienende und milliarden-schwere Mehrausgaben.

In der Energiepolitik gibt Podemos vor, grüne Züge zu tragen. Allerdings sollen die meisten Ziele über staatsinterventionistische Instrumente und nicht über Innovation und Marktmechanismen erreicht werden, weshalb fraglich ist, ob diese nachhaltig wettbewerbsfähig umgesetzt werden könnten. So seien z. B. die Gewinne der Energiefirmen zu kontrollieren und deren Beteiligung an den Kosten für die Bereitstellung von Energie für sozial Schwache sicherzustellen. Auch in der Wohnungspolitik setzt die Formation auf interventionistische Instrumente: Mietpreise sollen durch die Kommunen festgelegt werden und Hausbesetzer sollen in unbewohnten Gebäuden ungestraft mindestens ein Jahr lang bleiben können.

Aus dem Stand gewann Podemos bei der Europawahl im Mai 2014 überraschend über 1,2 Mio. bzw. 7,98 Prozent der Stimmen und wurde mit fünf Mandaten viertstärkste Kraft Spaniens im Europäischen Parlament. Dieser Trend setzte sich bei den Parlamentswahlen 2015 und 2016 fort. Podemos und Izquierda Unida gewannen im Dezember 2015 zusammen 71 Mandate (24,33 Prozent), rutschten dann jedoch im Zuge der Neuwahlen im Juni 2016 im gemeinsamen Wahlbündnis Unidos-Podemos um 1 Mio. Stimmen auf 21,4 Prozent ab, was jedoch vorerst nichts an der erreichten Anzahl der Mandate von 71 änderte.

Der Höhenflug von Podemos ist vorbei.

Die Verweigerungshaltung von Iglesias im Zuge der Koalitionsverhandlungen führten im Juni 2016 zu Neuwahlen.

Im März 2016 verweigerte Unidos-Podemos der PSOE und Pedro Sánchez die Unterstützung, als dieser versuchte, mit Ciudadanos eine Minderheitsregierung zu bilden, die auf die Stimmen von Podemos angewiesen gewesen wäre, um seine Investitur zu erreichen. Iglesias forderte stattdessen eine „authentische Regierung des politischen Wandels“, die nur durch eine Zusammenarbeit der PSOE mit Podemos zustande kommen könne. Zugleich gestaltete er weitreichende Personalpläne für seine Parteiführung in der Regierung. Allerdings gab es dafür keine parlamentarische Mehrheit. Die Verweigerungshaltung von Iglesias mündete letztlich in Neuwahlen im Juni 2016.

Dieses Taktieren, die internen Streitigkeiten und Iglesias' zunehmend zentralisierter Führungsstil in der Partei schienen vielen Anhängern nicht zu gefallen. Auch die erratische Haltung von Iglesias gegenüber der Unabhängigkeitsforderung der katalanischen Nationalisten findet bei vielen linken Wählern in Spanien keine Unterstützung. Die Partei verlor im Durchschnitt aller großen Meinungsumfragen deutlich an Zuspruch zugunsten der PSOE. Auch die Unterstützung der Minderheitsregierung von Pedro Sánchez ab Juni 2018 und das vergebliche Werben von Iglesias bei den katalanischen Nationalisten um ihre Zustimmung zum Haushaltsentwurf der Regierung Sánchez halfen Podemos nicht. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2019 fiel Podemos auf 14,3 Prozent der Stimmen ab.

Sowohl Vox als auch die Volkspartei PP und Ciudadanos schlossen eine Koalition mit Podemos aus.

Die Rechtspopulisten von Vox, die Mitte-rechts-gerichtete Volkspartei PP und die (sozial-)liberale Ciudadanos schlossen eine Koalition oder inhaltliche Zusammenarbeit mit der links-populistischen Podemos kategorisch aus. Dies ist insbesondere im Falle von Vox interessant, da einige Analysten den Rechtspopulisten vorwerfen, inhaltlich etwa ein Fünftel ihres Wirtschaftsprogramms mit Podemos gemein zu haben, beispielsweise die explizite Forderung nach einer Reindustrialisierung Spaniens, auch wenn Vox in Steuerfragen – zumindest nach außen – eher eine liberale anstatt eine redistributive Logik zu verfolgen vorgibt.⁴⁷

In einem besonderen Spannungs- und Wettbewerbsverhältnis zu Podemos stehen die Sozialisten. Sie haben sich unter Pedro Sánchez deutlich nach links bewegt, ähnlich wie zu Zeiten von José Luis Rodríguez Zapatero und zum Missfallen einiger traditioneller PSOE-Verbände, allen voran dem mitgliederstärksten Verband Andalusien. Damit hat Sánchez zwar moderatere Wähler an Ciudadanos verloren. Geschadet hat es der PSOE nicht, da sich die Partei 2019 auf knapp 29 Prozent steigerte, mit Abstand stärkste Partei wurde und Pedro Sánchez Ministerpräsident blieb, der sich allerdings nicht auf eine eigene Mehrheit stützen kann.

Trotz aller Rivalität liebäugelten PSOE und Podemos damit, nach den Wahlen eine Regierungskoalition einzugehen. Die PSOE ist bereits bei den gescheiterten Haushaltsverhandlungen 2019, aufgrund derer es Neuwahlen gegeben hat, Podemos weit entgegengekommen und hat weitreichende Zugeständnisse beim Mindestlohn, beim Mietrecht, bei der Neuverschuldung und den Sozialausgaben gemacht. Nach den vorgezogenen Wahlen im April 2019 konnten sich die PSOE und Podemos nicht auf eine Koalition einigen. Dem Land drohen jetzt sogar wieder Neuwahlen.⁴⁸

Festhalten lässt sich, dass Podemos eine Partei mit einem basisdemokratisch-links-autonomen Grundverständnis ist, die sich gegen das Erbe der demokratischen Transition 1978 stellt. Podemos tritt in weiten Teilen Spaniens als Koalition mit Izquierda Unida zu Wahlen an, in Valencia, Katalonien und Galizien zudem auch mit Regionalparteien. Seit 2014 hat Podemos an allen seitdem anstehenden Wahlen teilgenommen und dabei Mandate im Europäischen Parlament, im spanischen Parlament, auf regionaler und lokaler Ebene gewonnen. Die Partei besteht zwar aus vielen Seiteneinsteigern, besitzt jedoch umfassende Parteistrukturen sowie ein nationales und regionale Wahlprogramm(e). Die Seiteneinsteiger professionalisieren sich sehr rasch und arbeiten zügig an ihrer politischen Karriere. Pablo Iglesias ist eine starke, jedoch zunehmend auch intern umstrittene Führungsfigur; seine Beliebtheit in der Gesamtbevölkerung ist schlecht. Ein in Teilen radikales, basisdemokratisches Grundverständnis hat die Partei zweifellos; zudem experimentiert sie mit neuen Partizipationsformen wie beispielsweise der Verlosung von Ämtern. Der anti-Establishment-Charakter gegen die PPSOE, die „politische Kaste“ und den Neoliberalismus ist ein Grundantrieb von Podemos. Die meisten der 500.000 Sympathisanten der Partei sind eher „Follower“ als Mitglieder. Eine einfache Registrierung auf der Webseite reicht, um sich Podemos anzuschließen. Allerdings darf die gute Vernetzung der Partei in die Kulturszene, die Autonomenszene und den linksgerichteten vopolitischen Raum nicht unterschätzt werden. In diesen sozialen Sphären besteht eine hohe und weitgehende Kohäsion mit der parteipolitischen Organisation Podemos.

Podemos besteht zwar aus vielen Seiteneinsteigern, hat aber inzwischen umfassende Parteistrukturen aufgebaut.

Eine einfache Registrierung auf der Webseite reicht, um sich Podemos anzuschließen.



VOX

Vox ist 2013 u. a. von dem ehemaligen PP-Abgeordneten im baskischen Regionalparlament, Santiago Abascal, mitgegründet worden, der die Volkspartei aus Enttäuschung über den pragmatischen Politikstil von Mariano Rajoy und einen angeblichen Verlust konservativer Werte der PP unter Rajoy verließ. Durch Aufmärsche und radikale Parolen gegen die katalanischen Nationalisten, Klagen über die angeblich zu lasche Haltung der Regierung Rajoy und der übrigen Parteien gegenüber den Separatisten, dann auch gegen illegale Migranten und Muslime, gewann Vox im Verlauf des Jahres 2018 mehr Aufmerksamkeit. Nach dem illegalen Referendum in Katalonien im Oktober 2017 war Vox die einzige Partei, die von Beginn an als Nebenklägerin im Verfahren gegen die Führungsriege der katalanischen Sezessionisten antrat.⁴⁹ Das hat der Partei seither viel politische Sichtbarkeit beschert. Der überraschende Aufstieg von Vox ist somit zum einen mit einer tiefen Unzufriedenheit einer bestimmten Wählerschicht mit der gesamtstaatlichen Politik gegenüber den Unabhängigkeitsbewegungen im Norden des Landes zu erklären, vor allem im Hinblick auf die Radikalisierung der Sezessionsbewegung in Katalonien. Zum anderen behauptet Vox, verhindern zu wollen, dass die ETA-Verbrechen und ihre 853 Todesopfer allmählich zu einem romantischen Freiheitskampf verklärt werden könnten.

Der Aufstieg von Vox ist mit der Unzufriedenheit einer bestimmten Wählerschicht gegenüber der Unabhängigkeitsbewegungen im Norden des Landes zu erklären.

Die weiteren Mitbegründer José Luis González Quirós, José Antonio Ortega Lara und Ignacio Camuñas sind ebenfalls ehemalige UCD- und PP-Mitglieder. Der ehemalige leitende Justizvollzugsbeamte Ortega Lara wurde 1996/1997 für 532 Tage von der ETA in einem Erdloch gefangen gehalten. In der Folge sprach er sich gegen die Verhandlungen Zapateros mit der ETA aus. Ignacio Camuñas war Ende der 1970er Jahre UCD-Abgeordneter und Minister für Parlamentsbeziehungen. Parteipräsident Santiago Abascal war zwischen 1993 und 2004 PP-Mitglied im Baskenland und hatte

Ämter als Stadt- und Bezirksrat und als Regionalabgeordneter im baskischen Parlament inne. Generalsekretär Javier Ortega Smith war Mitglied der Spezialkräfte des Militärs und versucht im Vorfeld der anstehenden Wahlen, insbesondere hochrangige und respektierte Militärs für eine Mitarbeit in der Partei zu gewinnen.

Laut eigenen Angaben überschritt Vox Ende Januar 2019 die Mitgliederzahl von 30.000 zahlenden Aktiven. Zum Vergleich: Im Januar 2018 waren es noch 5.085 Mitglieder. Die Zeitung *La Razón* spricht bereits von 35.000 Mitgliedern im Februar 2019. Das rasche Wachstum stellt die Partei vor strukturelle Herausforderungen. Die Parteilührung erklärte, darum bemüht zu sein, opportunistische Neuzugänge und Kandidaturen zu verhindern, die nicht den Kern der Parteiphilosophie teilen, aber Karriere machen wollen. Daher schaffte man im Januar 2019 das interne Urwahlsystem ab und gab einen Dekalog heraus, den jedes Parteimitglied befolgen muss. Bei Verstößen gegen diese Gebote droht ein Parteiausschluss oder der Ausschluss von Ämtern. Die zehn Punkte wurden mit 97 Prozent auf dem Delegiertenparteitag im Februar 2019 verabschiedet. Allerdings sind einige Punkte sehr vage gehalten, sodass die Parteilührung künftig wohl auch willkürlich anhand von subjektiven Kriterien Kritiker ausschließen kann. Zudem ist die Identität der Mitglieder des Garantieausschusses der Partei nicht bekannt, was für eine demokratische Partei problematisch ist.

Zu den wichtigsten programmatischen Positionen von Vox gehören die Verteidigung der „spanischen Nation“, die Rückerlangung einer bedeutenderen internationalen Rolle Spaniens, die Abschaffung des Regionalismus und der Autonomen Gemeinschaften, eine unabhängige Justiz (ohne Einfluss der Parteien auf die Wahl von Richtern) sowie die Verteidigung einer „Kultur des Lebens und der Familie“, womit einige Beobachter eine Ablehnung der Freigabe der Abtreibung und der Gesetze zur Gleichberechtigung der Frauen sehen. Die wachsende Zahl von Migranten kritisiert Vox in einer Weise, die als xenophob bezeichnet wird und in Spanien so bisher nicht artikuliert wurde. Damit geht ein ausgesprochener Anti-Islamismus einher. Das wichtigste Thema für Vox aber bleibt die Kritik an der katalanischen und auch an der baskischen Unabhängigkeitsbewegung und damit auch die Kritik an der amtierenden Regierung von Pedro Sánchez sowie auch an den anderen Parteien wegen einer vermeintlich zu laschen Reaktion gegenüber diesen Unabhängigkeitsbewegungen.

Auch die erratische Haltung der Regierung im Hinblick auf eine Umbettung des Leichnams des Diktators Francisco Franco kritisiert Vox sehr scharf, ohne dass die Parteilührung explizit die Franco-Diktatur verteidigen würde. In Spanien wird darüber diskutiert, ob man Vox als rechts(-populistisch) oder rechtsradikal bezeichnen soll. Ein Kandidat musste vor den Parlamentswahlen im April 2019 wegen Antisemitismusvorwürfen zurücktreten. Vox stellt zwar die Grundlagen der spanischen Verfassung nicht grundsätzlich in Frage, will jedoch das System der Regionalautonomie abschaffen, was einer tiefgreifenden Verfassungsänderung bedürfte. Letztlich hat die Partei zu vielen Themen keine klaren programmatischen Positionen, sondern beschränkt sich darauf, in populistischer Weise einige Reizworte in den politischen Raum zu werfen, die dann zu heftigen Reaktionen anderer Parteien oder der öffentlichen Meinung führen, was Vox wiederum dazu dient, sich als Gegengewicht zu den „Systemparteien“ darzustellen und entsprechend Stimmen eines Teils der unzufriedenen Bevölkerung abzuschöpfen. Beispielsweise hatte Vox kurz vor dem Attentat in Neuseeland öffentlich Erleichterungen beim Kauf und Tragen von Waffen zum persönlichen Schutz

Das rasche Wachstum von Vox stellt die Partei vor strukturelle Herausforderungen.

Das wichtigste Thema für Vox bleibt die Kritik an der katalanischen und baskischen Unabhängigkeitsbewegung.

Vox stellt sich als Gegengewicht zu den „Systemparteien“ dar und versucht, den unzufriedenen Teil der Bevölkerung zu bedienen.

gefordert. Angesichts der niedrigen Rate von Gewaltkriminalität in Spanien haben auch Polizeiangehörige ihr Unverständnis über diesen Vorschlag ausgedrückt. Doch Vox war damit einige Tage in den Medien. Ähnliche Provokationen von rechten Parteien sind auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten. Die Kontakte von Vox zu den Rechtspopulisten in anderen Ländern sind zwar noch begrenzt, werden anscheinend aber im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament enger geknüpft. Steve Bannon, der ehemalige Berater von Donald Trump, der nun von Rom aus eine rechtsnationalistische Bewegung in Europa aufbauen will, hat behauptet, über Kontakte zu Vox zu verfügen; er will die Partei im Vorfeld der spanischen Parlamentswahlen besuchen.⁵⁰ Aufgrund ihres Bemühens, sich deutlich von den „Systemparteien“ abzuheben und sich als einzige wahre Vertreterin der spanischen „Nation“ zu präsentieren, ist Vox eindeutig als populistische Partei zu charakterisieren.

Vox wurde erst Mitte des Jahres 2017 verstärkt wahrgenommen.

Bei den Europawahlen 2014 erhielt Vox 244.000 Stimmen. Es fehlten jedoch 55.000 Stimmen, um ein Mandat zu gewinnen. Bei den nationalen Wahlen von 2015 und 2016 hat die Partei nur 0,23 Prozent (2015) bzw. 0,2 Prozent (2016) der Stimmen erhalten und kein Mandat im Abgeordnetenhaus gewonnen. Erst durch die nationalistische Gegenreaktion auf die Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien wurde Vox seit Mitte des Jahres 2017 landesweit stärker. Dennoch war bis zu den Wahlen in Andalusien nicht damit gerechnet worden, dass Vox einen größeren Stimmenanteil gewinnen könnte. Groß war daher die Überraschung, als Vox am Wahlabend knapp elf Prozent und fast 400.000 Stimmen erreicht und zwölf Mandate im Regionalparlament gewonnen hatte. Vor allem aber hing damit von dieser Partei nun die Chance eines erstmaligen Regierungswechsels in Andalusien nach gut vier Jahrzehnten PSOE-Regierung ab.

Dieser Erfolg und die daraus resultierende Medienaufmerksamkeit ließen die Umfragergebnisse der Partei für die anstehenden Parlamentswahlen am 28. April 2019 sowie die Europa-, Regional- und Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 förmlich explodieren. Vox erreichte dann 10,3 Prozent und 24 Mandate bei den Parlaments- und 6,2 Prozent bei den Europawahlen.

Ausblick

Vox scheint sich vorerst im spanischen Parteiensystem zu etablieren und erschwert sowohl der Volkspartei (PP) als auch Ciudadanos bessere Ergebnisse. Den größten Wählerzuwachs erhielt Vox von der PP; ca. 28 Prozent der Wähler von Vox sind demnach ehemalige PP-Wähler. Auch von Ciudadanos zieht Vox ca. ein Fünftel seiner Wählerschaft ab. Zudem mobilisiert Vox auch bisherige Nichtwähler.

Mehr als ein Viertel
der Vox-Wähler
kommt von der PP.

Vox hat zwar den historischen Regierungswechsel in Andalusien von PP und Ciudadanos stillschweigend mitgetragen und viele PP-Führungskader haben keine Annäherungsschwierigkeiten an Vox. Allerdings ist Vox kein der PP per se positiv gesinnter, automatischer Koalitionspartner. Die PP befindet sich dahingehend in einer schwierigen Position: Einerseits versucht der Parteivorsitzende Pablo Casado das Abwandern unzufriedener Wähler durch schärfere ideologische Positionen zu bremsen, andererseits greift er Vox als „falsche Kopie“ der PP an.

Vox wird von der
Volkspartei als „falsche
Kopie“ verstanden.

Für Ciudadanos sind die Berührungspunkte mit Vox noch wesentlich größer als für die PP, da der Versuch des Vorsitzenden Albert Riveras, seine Partei in der politischen Mitte zu positionieren und insbesondere von den „linken“ PP-Wählern und den „konservativen“ PSOE-Wählern zu profitieren, von Vox herausgefordert wird. Diese Zielgruppen reagieren viel sensibler auf die Kooperation mit Vox als enttäuschte liberal-konservative und national-konservative PP-Wähler. Dem PP kommt daher zwischen Vox und Ciudadanos eine Scharnierfunktion zu, von der die Volkspartei verschlissen zu werden droht. PSOE, Podemos und die Separatisten bezeichnen Vox in allen Diskursen direkt als „Faschisten“, die notfalls von der Straße aus bekämpft werden müssten.

Vox stellt bisher die demokratische Grundordnung Spaniens nicht grundsätzlich in Frage, sondern hat in ihren Wahlprogrammen behauptet, für eine bessere Verteidigung der nationalen Institutionen gegenüber Verfassungsverletzungen einzutreten. Allerdings weist Vox den nationalen Institutionen mehr Gewicht zu als den Regionen und will in der Folge die Autonomen Gemeinschaften abschaffen.

Die Partei besteht größtenteils nicht aus Seiteneinsteigern, sondern aus ehemaligen PP-Aktiven, Anwälten und Unternehmern, wobei auch die Staatsbediensteten, v. a. die spanische Polizei, die Guardia Civil und das Militär, eine besondere Zielgruppe von Vox darstellen. Eine gegen das Establishment gerichtete Rhetorik besteht vor allem gegenüber der PP und der PSOE, denen Vox Versäumnisse beim Schutz der spanischen Verfassung vor den Separatisten sowie Korruption vorwirft. Der Vorsitzende Santiago Abascal präsentiert sich als führungsstark und hat auf dem letzten Delegiertenparteitag vom Februar 2019 die Partei nochmals stärker auf sich zugeschnitten. Es bleibt abzuwarten, wie er und die Partei insgesamt inhaltlich und strukturell auf das rapide Wachstum reagieren werden.

Vox besteht weniger
aus Seiteneinsteigern,
sondern überwiegend
aus ehemalige PP-Aktiven.

2.5 Tschechische Republik | Vít Hloušek

ANO 2011

Andrej Babiš, ein Milliardär slowakischer Abstammung, war bereits seit Anfang des demokratischen Transformationsprozesses in der tschechischen Wirtschaft als Chemie- und später Medienunternehmer tätig. Offene politische Ambitionen bekundete er jedoch erst ab September 2011. Damals kritisierte er das politische Establishment der Republik als korrupt und unfähig. Gleichzeitig verkündete er die Gründung der Initiative Bürgerforum gegen Korruption, Inkompetenz der Politiker und für Durchsetzung von Gesetzen. Kurz danach benannte sich die Initiative in Aktion der unzufriedenen Bürger („Akce nespokojených občanů“) um und wählte als Abkürzung das Wortspiel ANO 2011.⁵¹

Babiš' Medienkampagne und seine Äußerungen zu Korruption, angeblichen „Paten“ in Wirtschaft, Politik und Verwaltung oder zu einem „tschechischen Palermo“, gewannen schnell an Zuspruch und wurden gleichzeitig durch sich häufende Affären der damaligen Koalitionsregierung unter Petr Nečas von der bürgerlich-konservativen Partei (ODS) unterstrichen. Bereits im Oktober 2011 als eine Bürgervereinigung gegründet, die jedoch nicht in den Wahlen kandidieren durfte, folgte im Mai 2012 die Umwandlung zu einer politischen Bewegung.

Nach anfänglichem Zögern übernahm Babiš selbst die Führung der neuen Bewegung und stand im Sommer 2013 an der Spitze der Wahlkampagne für die vorgezogene Wahl zum Abgeordnetenhaus. Zahlreiche Experten für Politikmarketing wurden dafür engagiert. Gemeinsam mit anderen Spitzenkandidaten unterzog sich Babiš einem intensiven Medien-, Sprach- und Marketingtraining. Diese Investitionen zahlten sich aus: Im Herbst 2013 galt Babiš in der tschechischen Öffentlichkeit als einer der beliebtesten Politiker. Dazu beigetragen hat zweifellos sein Charisma, aber ebenso, dass er sich das sensible Thema Korruption zu eigen machte und die Korruptionsaffären der beiden damaligen Regierungsparteien ODS und der mittlerweile aufgelösten Věci veřejné (Öffentliche Angelegenheiten).⁵² Die Kombination dieser Faktoren machten nach den Parlamentswahlen 2013 aus ANO nicht nur einen festen, sondern mittlerweile den bestimmenden Bestandteil der tschechischen Parteienlandschaft aus.

Babiš ist durch sein Vermögen, das er als Chemieunternehmer erwarb, auch der wichtigste Geldgeber der Bewegung. Vor 1989 arbeitete er im Außenhandel der Tschechoslowakei und war Mitglied der Kommunistischen Partei. Ab 1980 wurde Babiš als Vertrauensperson des staatlichen Geheimdienstes STB geführt, was er jedoch massiv bestreitet. Nach 1989 baute er das Unternehmen Agrofert auf. Ab Mitte der 1990er Jahre wuchs dieses zu einer mächtigen Holding im Bereich der Chemie- und Lebensmittelindustrie heran. Babiš selbst wurde einer der reichsten Unternehmer in der Tschechischen Republik und verfügt seitdem über einflussreiche Verbindungen nach Mittel- und Westeuropa.

Bis 2011 verzichtete er auf direktes Eingreifen in die Politik und konzentrierte sich auf die Ausweitung und Konsolidierung seiner wirtschaftlichen Aktivitäten. Politische Kontakte pflegte er insbesondere zu Vertretern der sozialdemokratischen Partei (ČSSD), teilweise aber auch zur ODS. Als diese Verbindungen abbrachen, stieg Babiš' Bedürf-

Der Gründer von ANO 2011, Andrej Babiš, kritisierte das politische Establishment als korrupt und unfähig.

Ein intensives Medien-, Sprach- und Marketingtraining zahlten sich aus: Im Herbst 2013 galt Babiš als einer der beliebtesten tschechischen Politiker.



nis, in die Politik einzutreten. Nicht zu unterschätzen war aber auch ein anderes Motiv: Andrej Babiš fühlte sich seit jeher den Politikern überlegen. Er betrachtete die meisten als inkompetent und war überzeugt, den Wählern eine bessere Alternative bieten zu können. Seine wirtschaftlichen Interessen, kombiniert mit einem gewissermaßen idealistischen politischen Messianismus, führten letztendlich im Jahr 2013 zu einem erfolgreichen Einstieg in die tschechische Politik.

An dieser Stelle kann festgehalten werden, dass ANO ein ausgezeichnetes Mittel für ein solches Engagement war. Die Bewegung entspricht einer lupenreinen Unternehmerpartei, vergleichbar mit Silvio Berlusconi's Forza Italia oder dem Team Stronach aus Österreich. Charakteristisch für derartige Parteien sind neben der dominanten Rolle des Gründers und Parteiführers seine wirtschaftlichen Eigeninteressen, die Übertragung von businessüblichen Handlungsmodellen in die Sphäre der Politik und extrem zentralisierte Entscheidungsprozesse. Das führt zu einem sehr niedrigen Niveau innerparteilicher Demokratie, zu einer begrenzten Mitgliederbasis, aus der viele von der Managementebene von Agrofert der Partei beitraten, zu einer rigide gehandhabten und zentral kontrollierten Aufnahme neuer Mitglieder und schließlich einer ebenso gehandhabten Nominierung von Kandidaten für Wahlen auf allen Ebenen. Babiš' führende Rolle in den Entscheidungsprozessen wird am besten durch seine eigene Aussage charakterisiert: „Ich zahle, ich entscheide.“

Bei allen Mängeln hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie manifestiert dieser Mechanismus der zentralen Aufsicht über Mitglieder und Kandidaten seine Stärke und seine Effektivität bei der Herstellung von Geschlossenheit und Gefolgschaft unter den

Die Bewegung ANO 2011 ist eine Unternehmerpartei, in der der Gründer Eigeninteressen verfolgt.

Abgeordneten und anderen gewählten Repräsentanten der Partei. Diese bilden eine monolithische und überaus verlässliche Abstimmungsentsität für ihren Anführer.⁵³

Nicht nur die Organisation, sondern auch die Programmausrichtung von ANO entspricht eher einem Unternehmen als „Verkäufer der politischen Ware“⁵⁴. Die Grundsteine der ANO-Strategie waren professionelle Marketingmethoden und ein nahezu grenzenloser inhaltlicher Pragmatismus. Dadurch gelang es der Bewegung, ihr Programm sehr flexibel zu gestalten und immer wieder zu verändern. Vereinfacht gesagt, versuchte ANO vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2013 die Wähler der Mitte und des rechten Lagers des politischen Spektrums anzusprechen. Dies gelang, da ANO unzufriedene Wähler der Koalitionsparteien von Nečas' bürgerlich-konservativer Regierung auf ihre Seite ziehen konnte.

Im Jahr 2017 verschob sich dann der Fokus der Partei nach links, wodurch sie viele ehemalige Wähler der Sozialdemokraten gewann. Des Weiteren wurde ANO nach den Europawahlen 2014 Teil der liberalen ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament, was die programmatische Unbestimmtheit noch klarer verdeutlicht.⁵⁵ Im Jahr 2013 lag der programmatische Schlüssel zum Erfolg noch in der Ablehnung der „etablierten“ politischen Eliten, im Kampf gegen Korruption, einem Plan für wirtschaftliche Modernisierung und der Vision eines effektiven, technokratisch gemanagten Staates nach dem Vorbild eines Wirtschaftsunternehmens. Zu den Wahlen 2017 behielt man diese Leitlinien zwar bei, betonte jedoch stärker soziale Aspekte wie höhere Renten, einen verbesserten Verbraucherschutz und schneller erreichbare und qualitativ bessere Sozialleistungen.

Im Kontext der Migrationskrise und der damit verbundenen aufgeregten Reaktionen der tschechischen Öffentlichkeit sowie der politischen Führung⁵⁶, rückte auch die Sicherheit der Bürger in den Vordergrund bei ANO. Das in der Öffentlichkeit empfindlich wahrgenommene Thema der europäischen Integration ging man ebenfalls sehr pragmatisch an. Die Äußerung: „Das Ziel ist es, die Union so zu reformieren, dass sie deutlich weniger macht, aber das dafür deutlich besser“⁵⁷, kann unterschiedlich ausgelegt werden. ANO wurde faktisch Teil des tschechischen Mainstreams der gemäßigten Euroskeptiker, ohne sich dabei die Tür der pro-Migrationspolitik zu verschließen, falls sich diese für die Partei als nützlich erweisen sollte.

Babiš hat eine management-technokratische Vorstellung von Politik, die vor allem eins sein muss: „effektiv“.⁵⁸ Entsprechend dieser Vorstellung legt er großen Wert auf Themen wie moderne Technologien, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Entwicklung sogenannter Smart Cities usw. Problematisch an seiner Vorstellung von Politik ist die in seinem Wirken enthaltene Tendenz zur Zentralisierung von Macht und Entscheidungsprozessen, zur Stärkung der Exekutive zu Lasten der Gesetzgebung und zur Einschränkung der Gewaltenteilung. So schlug Babiš im Jahr 2017 zum Beispiel die Abschaffung der regionalen Verwaltung und des Senats vor. Er wollte die Zahl der Abgeordneten halbieren und die Geschäftsordnung des Parlaments ändern, was eine Einschränkung der politischen Debatten zur Folge gehabt hätte. Auch wollte er die direkte Demokratie zu Lasten der repräsentativen Demokratie stärken und die politische Kontrolle von Beamten ausweiten. So trägt Babiš zur faktischen Schwächung der Mechanismen der liberalen Demokratie bei.⁵⁹

Ab 2017 wurden soziale Aspekte stärker betont.

Problematisch an Babiš' Politikstil ist eine Tendenz zu Zentralisierung von Macht und Entscheidungsprozessen.

Interessant ist, dass ANO trotz erkennbarer Demokratiedefizite von Beginn an sehr erfolgreich ist. Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht ausgewählter Wahlergebnisse:

Tabelle 1: Wahlergebnisse ANO 2013–2019

Wahlen	Abgeordnetenhaus		Europäisches Parlament	Regionalwahlen
Jahr	2013	2017	2019	2016
Wahlergebnis (%)	18,65	29,64	21,2	16,13

Quelle: www.volby.cz

Bei den Wahlen 2013 wurde ANO noch zweitstärkste Partei, im Jahr 2017 konnte sie schließlich die Wahlen gewinnen. Der Zuspruch zu ANO hielt sich seitdem konstant bei rund 30 Prozent. In den Jahren 2013 bis 2017 regierte ANO in der Koalitionsregierung von Bohuslav Sobotka mit den Sozial- und Christdemokraten. ANO bekam ein Drittel aller Ministerposten und Babiš wurde Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident. Mit massiver Unterstützung durch den Präsidenten Miloš Zeman gelang es Babiš nach den Wahlen 2017, eine Minderheitsregierung zu bilden. Diese scheiterte jedoch daran, die Unterstützung der Abgeordnetenversammlung zu gewinnen. Erst im Juni 2018 konnte Babiš dann für seine Minderheitsregierung, nun in Koalition mit den Sozialdemokraten, auch die Zustimmung der Kommunisten erhalten. ANO stellte elf der 16 Minister. Einige der Ministerien vertraute ANO aber auch Parteilosen an.

Was sind die Gründe für den Erfolg von ANO? Die Bewegung konnte zweifellos von der Ernüchterung zahlreicher Wähler der traditionellen Parteien profitieren und machte sich erfolgreich die politischen Skandale und das Verlangen der Öffentlichkeit nach Korruptionsbekämpfung zunutze. Gleichzeitig begünstigte auch die wirtschaftliche Situation in der Tschechischen Republik den Erfolg von ANO. Die Konjunktur, die 2013 begann, erreichte zwischen 2017 und 2018 ihren Höhepunkt und ermöglichte große öffentliche Ausgaben, wie zum Beispiel Rentenerhöhungen. Das Land zeichnet sich durch historisch niedrige Arbeitslosenzahlen und ein solides Wirtschaftswachstum aus, begleitet von fühlbarem Lohnwachstum. Babiš präsentierte dies als Erfolge der Politik des von ihm einst geführten Finanzministeriums, ab 2017 als Erfolge der ganzen Regierung. Das Image einer Partei, die den Staat so effizient managen kann wie ein erfolgreiches Unternehmen, stärkte Babiš weiter mit Projekten wie dem elektronischen Umsatzregister und damit verbundenen höheren Steuereinnahmen. Zudem gelang es ihm, Misserfolge in anderen ANO-geleiteten Ministerien dank einer intensiven, professionellen und ausgeklügelten Kommunikationskampagne in den Hintergrund zu drängen.

Durch ihren Pragmatismus ist es für die Partei unproblematisch, ihre Programm- und Politikprioritäten radikal zu verschieben. Die Partei erschien vor den Parlamentswahlen 2017 kompetenter als ihre Koalitionspartner, die Christ- und Sozialdemokraten.⁶⁰ Eine wichtige Rolle spielte aber auch die Unterstützung von Seiten des Präsidenten Miloš Zeman, vor allem während der Regierungsbildung 2017/18.

Seit der Wahl 2017 hält sich der Zuspruch zu ANO konstant bei rund 30 Prozent.

Misserfolge wurden durch ausgeklügelte Kommunikationskampagnen verdrängt.

Gleichzeitig sicherte sich ANO in einigen Fällen auch die Stimmen der rechtsradikalen Partei Svoboda a přímá demokracie (Freiheit und direkte Demokratie) von Tomio Okamura, ohne dafür mit einem übermäßigen Rechtsruck ihrer Agenda bezahlen zu müssen.

Andrej Babiš gelang es immer wieder, Affären, die sein Privat- und sein vorheriges Berufsleben als Geschäftsmann begleiteten, an sich abprallen zu lassen. Dennoch sorgen sie stets für hohe öffentliche Aufmerksamkeit und polarisieren die Bevölkerung. Als Beispiel sei hier der Bauernhof „Čapí hnízdo“ (Storchennest) genannt. Dabei ging es um den Vorwurf des Subventionsbetruges in Millionenhöhe eines Bauernhofs, der zu Babiš' Agrofert Holding gehörte, dort mittlerweile aber abgestoßen wurde. Sowohl die tschechische Polizei als auch die europäische Steuerbehörde OLAF ermittelten. Diese Affäre verfolgt Babiš schon seit 2016. Dennoch gelang es ihm immer wieder, seine Wähler zu überzeugen, es handele sich lediglich um eine zweckdienliche mediale Beschuldigung mit dem Ziel, ihn zu diskreditieren.

Entscheidend für seinen Erfolg war neben den Wahl-, Marketing- und Kommunikationsexperten auch die Tatsache, dass Babiš nach seinem Eintritt in die Politik in den Besitz der wichtigen Mediengruppe Mafra kam. Bereits im Juni 2013 erwarb er von einem deutschen Eigentümer diese Mediengruppe, der unter anderem zwei der wichtigsten Tageszeitungen und der beliebteste private Rundfunksender angehören. Diese Medien leisten einen großen Beitrag zur Verbesserung der medialen Darstellung von Babiš und ANO.

Durch seine Mediengruppe Mafra kontrolliert Babiš seine mediale Darstellung.

Wenngleich alle etablierten Parteien ANO abgelehnt haben, sind die Sozialdemokraten seit 2013 Teil einer Koalitionsregierung mit ANO. Die Kommunisten unterstützen diese Regierung seit 2018. Auch für die rechtsextreme Partei Svoboda a přímá demokracie ist ANO nicht der politische Hauptgegner. Demokratische Parteien des rechten und des Mitte-rechts Lagers bilden konsequent die Opposition zu ANO. Sie haben nach den Wahlen 2017 sogar den Demokratischen Block gebildet, um der Hegemonie von ANO und den Sozialisten bei der Besetzung von Posten in der Abgeordnetenversammlung entgegenzuwirken. Allerdings sind sie zu heterogen, um ANO, der stärksten Kraft des tschechischen Parteiensystems, gefährlich werden zu können. Langfristig flüchten die Wähler, unzufrieden mit der Koalitionsregierung, zur ODS als konservative Alternative und zu den Piraten als der liberal-progressiven Alternative.

Demokratische Parteien des rechten und des Mitte-rechts Lagers sind zu heterogen, um ANO gefährlich werden zu können.

Die schwindende Unterstützung der Sozialdemokraten und eine unsichere Unterstützung kleinerer Parteien der politischen Mitte und des rechten Spektrums, die sich langfristig an der Fünf-Prozent-Grenze bewegen, kombiniert mit der Unfähigkeit der Oppositionsparteien zu kooperieren, machen aus dem Kampf gegen Babiš oft nur ein rhetorisches Unterfangen.

- 5 Vgl. Walter, Nicole (o. J.): Infografik Parteien und Bewegungen in Frankreich. Online verfügbar unter: https://dgap.org/sites/default/files/article_downloads/2018-2_info-grafik_frankreichs_parteienlandschaft_0.pdf (15.03.2019).
- 6 Vgl. Le Monde (2016): Emmanuel Macron lance un „mouvement politique nouveau“ baptisé „En marche!“. Online verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/politique/article/2016/04/06/emmanuel-macron-lance-un-mouvement-politique-nouveau-baptise-en-marche_4897274_823448.html (15.03.2019).
- 7 Vgl. L'Obs (2016): Emmanuel Macron lance sa „Grande Marche“ vers un „plan d'action“. Online verfügbar unter: <https://www.nouvelobs.com/topnews/20160528.REU4564/emmanuel-macron-lance-sa-grande-marche-vers-un-plan-d-action.html> (15.03.2019).
- 8 Vgl. Alexandre, Victor und Théveniaud, Pauline (2017): Assemblée nationale: d'où viennent les députés marcheurs?, in: Le Parisien vom 25.6.2017. Online verfügbar unter: <http://www.leparisien.fr/politique/assemblee-nationale-d-ou-viennent-les-deputes-d-en-marche-25-06-2017-7084923.php> (15.03.2019).
- 9 Vgl. France Info (2017): LREM: une centaine de „marcheurs“ vont quitter le mouvement vendredi, à la veille du congrès. Online verfügbar unter: https://www.francetvinfo.fr/replay-radio/le-brief-politique/info-franceinfo-une-centaine-de-marcheurs-vont-quitter-le-mouvement-vendredi-a-la-veille-du-congres_2444762.html (15.03.2019).
- 10 Vgl. Le Monde (2018): La démission de Nicolas Hulot: „Je ne veux plus me mentir“. Online verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/politique/article/2018/08/28/nicolas-hulot-annonce-qu-il-quitte-le-gouvernement_5346903_823448.html (15.03.2019).
- 11 Le Point (2017): Mélenchon: Le but de LFI „n'est pas d'être démocratique mais collectif“. Online verfügbar unter: https://www.lepoint.fr/politique/melenchon-le-but-de-lfi-n-est-pas-d-etre-democratique-mais-collectif-17-10-2017-2165202_20.php (15.03.2019).
- 12 Vgl. L'Obs (2018): Baptiste Legrand im Interview mit Michel Offerlé: La France insoumise et LREM sont-ils si différents des partis traditionnels? Online verfügbar unter: <https://www.nouvelobs.com/politique/20180313.OBS3535/la-france-insoumise-et-lrem-sont-ils-si-differents-des-partis-traditionnels.html> (15.03.2019).
- 13 Vgl. La France insoumise (2017): La force du peuple, S. 4. Online verfügbar unter: https://avenirencommun.fr/app/uploads/2017/04/170404_programmeCourt_final.pdf (15.03.2019).
- 14 Vgl. Ipsos (2017): 1er tour présidentielle 2017: sociologie de l'électorat. Online verfügbar unter: <https://www.ipsos.com/fr-fr/1er-tour-presidentielle-2017-sociologie-de-lelectorat> (15.03.2019).
- 15 Ebd.
- 16 Vgl. Jardinaud, Manuel (2017): A La France insoumise, la démocratie interne fait débat, in: Mediapart vom 6.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.mediapart.fr/journal/france/061017/la-france-insoumise-la-democratie-interne-fait-debat> (15.03.2019).
- 17 Vgl. Graulle, Pauline (2019): La France insoumise face à l'énigme Ruffin, in: Mediapart vom 04.03.2019. Online verfügbar unter: <https://www.mediapart.fr/journal/france/040319/la-france-insoumise-face-l-enigme-ruffin> (15.03.2019).
- 18 Vgl. Le Monde (2019): Qui sont vraiment les „gilets jaunes“? Les résultats d'une étude sociologique. Online verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/01/26/qui-sont-vraiment-les-gilets-jaunes-les-resultats-d-une-etude-sociologique_5414831_3232.html (15.03.2019).
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Vgl. Audureau, William und Sénécat, Adrien (2019): Comment les violences policières sont devenues le principal ciment des „gilets jaunes“, in: Le Monde vom 30.01.2019. Online verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2019/01/30/comment-les-violences-policieres-sont-devenues-le-principal-ciment-des-gilets-jaunes_5416781_4355770.html (15.03.2019).
- 22 Vgl. Cevipof (2019): Baromètre de la confiance politique. Une colère qui vient de loin, vague 10, S. 34. Online verfügbar unter: https://www.sciencespo.fr/cevipof/sites/sciencespo.fr/cevipof/files/CEVIPOF_confiance_vague10-1.pdf (15.03.2019).
- 23 Für Deutschland siehe Statista (2018): Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien? Online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/> (15.03.2019) und Ipsos (2018): Das Misstrauen ist groß – Studie zu Vertrauen, Populismus und Politikverdrossenheit. Online verfügbar unter: <https://www.ipsos.com/de-de/das-misstrauen-ist-gross-studie-zu-vertrauen-populismus-und-politikverdrossenheit> (15.03.2019).
- 24 Inno Movimento 5 stelle (2010): Ognuno vale uno. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=iYgyDUlZMil> (09.02.2019).
- 25 Vgl. Fabiani, Leopoldo (2018): Che cosa rimane dopo il terremoto? L'Espresso, 11.03.2018, S. 51.
- 26 Vgl. Borcio, Roberto und Natale, Paolo (2018): Il Movimento 5 Stelle: Dalla protesta al governo. Mimesis Edizioni, S. 98.
- 27 Vgl. Eurispes (2019): Eurispes Rapporto Italia 2019. Online verfügbar unter: <https://eurispes.eu/news/eurispes-rapporto-italia-2019-i-risultati/> (08.02.2019).
- 28 „Wir kommen an den Punkt, an dem wir nicht mehr verstehen, wer wir sind, wo wir sind und was wir machen: das ist es, was ich heute in der italienischen Politik spüre“, so Beppe Grillo in askanews vom 06.12.2018. Online verfügbar unter: http://www.askanews.it/video/2018/12/06/grillo-politica-non-sa-dove-sta-andando-aspettiamo-godot-20181206_video_14275181/ (08.02.2019).
- 29 Laut jüngster Umfragen liegt die Lega bei 33 Prozent und M5S bei 25 Prozent. Vgl. Sondaggi: frena la Lega, sorpresa 5 Stelle. E Mentana risponde alle critiche su Facebook. Online verfügbar unter: <http://www.today.it/politica/sondaggi-sorpresa-5-stelle-mentana.html> (27.03.2019).

- 30 Mithilfe des Medienunternehmers Casaleggio bedient sie 900.000 Follower auf ihrer Facebookseite. „Kein anderer Bürgermeister auf der Welt kann auf so viele Follower zählen“, so Emiliano Fittipaldi in L'Espresso vom 03.02.2019: Come esplodono le stelle, S. 30.
- 31 Interview mit Davide Casaleggio auf skytg24. Online verfügbar unter: <https://tg24.sky.it/politica/2018/07/23/davide-casaleggio-la-verita-ruolo-parlamento.html> (09.02.2019) und de Saint Victor, Jacques (2015): Die Antipolitischen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1601, S. 75.
- 32 Jeder Parlamentarier verpflichtet sich, monatlich 300 Euro von seinen Abgeordnetendiäten zur Finanzierung der Plattform zur Verfügung zu stellen. Vgl. hierzu Agi (2018): Quanti soldi arrivano alla piattaforma Rousseau dai parlamentari M5s? Online verfügbar unter: https://www.agi.it/fact-checking/rousseau_fondi_parlamentari_m5s_casaleggio-3690856/news/2018-03-28/ (11.02.2019).
- 33 Vgl. Fittipaldi, Emiliano in L'Espresso vom 03.02.2019: Come esplodono le stelle, S. 30.
- 34 Vgl. Repubblica vom 07.01.2019: Di Maio, elogio dei gilet gialli. „Vi offriamo Rousseau“. Parigi: „Salvini e i 5Stelle facciano pulizia a casa loro“. Online verfügbar unter: https://www.repubblica.it/politica/2019/01/07/news/di_maio_gilet_gialli_rousseau-216014942/ (08.02.2019).
- 35 Vgl. Il Foglio vom 17. April 2018: Il programma del M5S è stato cambiato. Ecco i documenti. Online verfügbar unter: <https://www.ilfoglio.it/politica/2018/04/17/news/programma-truffa-movimento-5-stelle--189818/> (27.03.2019).
- 36 Das „Reddito di Cittadinanza“ (Bürgereinkommen) ist eine sozialpolitische Maßnahme, die ca. fünf Millionen Italienern zugutekommen soll. Es ist ein Wahlversprechen von M5S und soll Armut, Ungleichheit und soziale Ausgrenzung reduzieren. Das Anrecht auf die staatliche finanzielle Unterstützung ist an Bedingungen gekoppelt. Ab dem 6. März 2019 kann das Bürgereinkommen beantragt werden, die Zahlungen sollen ab dem 27. April 2019 in Kraft treten, kurz vor der Europawahl. Der Mindestbetrag für erwachsene Empfänger beläuft sich auf 780 Euro, der Maximalbetrag auf 1.330 Euro.
- 37 Borcio, Roberto und Natale, Paolo (2018): Il Movimento 5 Stelle. Dalla protesta al governo. Mimesis Edizioni, S. 10.
- 38 Vgl. Adnkronos vom 13.02.2019: Abruzzo, Di Maio rompe il silenzio. Online verfügbar unter: https://www.adnkronos.com/fatti/politica/2019/02/13/abruzzo-maio-rompe-silenzio_uO11MM4wzmL2ZRNkqVn4oK.html (15.02.2019).
- 39 Vgl. Sciorilli Borrelli, Silvia (2019): Italy's 5Stars launch new group in European Parliament. Online verfügbar unter: <https://www.politico.eu/article/italys-5stars-launch-new-group-in-european-parliament/> (15.02.2019).
- 40 „Bye Bye Vitalizi“ – mit diesem Slogan feierten die Parlamentarier der M5S im Juli 2018 die auch rückwirkende Kürzung der „goldenen“ Politikerpensionen. Damit wurde ein wichtiges Wahlversprechen der Fünf-Sterne-Bewegung eingelöst. Siehe hierzu: Stol.it (2019): Rom will „goldene Renten“ kürzen. Online verfügbar unter: <https://www.stol.it/Artikel/Politik-im-Ueberblick/Politik/Rom-will-goldene-Renten-kuerzen>. Stand: 11.02.2019.
- 41 Vgl. hierzu Borcio, Roberto und Natale, Paolo (2018): Il Movimento 5 Stelle: Dalla protesta al governo. Mimesis Edizioni, S. 8.
- 42 Vgl. La Stampa vom 14.1.2018: Conte: „Io sono populista, dobbiamo risanare la frattura tra élite politica e popolo“. Online verfügbar unter: <https://www.lastampa.it/2018/10/14/italia/conte-io-sono-populista-dobbiamo-risanare-la-frattura-tra-lite-politica-e-popolo-1fCKTkyOT6jwBT4yBBKITI/pagina.html> (17.01.2019).
- 43 Vgl. hierzu Sondaggi: frena la Lega, sorpresa 5 Stelle. E Mentana risponde alle critiche su Facebook <http://www.today.it/politica/sondaggi-sorpresa-5-stelle-mentana.html> (27.03.2019).
- 44 Kukiz'15 (2016): Strategia Zmiany. Online verfügbar unter: <http://ruchkukiza.pl/content/uploads/2016/04/Strategia-Zmiany-Kukiz15.pdf> (25.03.2019).
- 45 Razem (2015): Deklaracja Programowa. Online verfügbar unter: <http://partiarazem.pl/program/> (25.03.2019).
- 46 Olga R. Sanmartín (2018): El desencanto del 15-M: De asaltar los cielos al acomodo. Online verfügbar unter: <https://www.elmundo.es/espana/2018/08/04/5b64ae-20ca474104408b45a0.html> (26.03.2019).
- 47 Vgl. La Razón (2018): Vox y Podemos tienen en común un 20 % de sus programas. Online verfügbar unter: <https://www.larazon.es/espana/vox-y-podemos-tienen-en-comun-un-20-de-sus-programas-JA21129011> (14.03.2019).
- 48 Spiegel online (2019). „Adiós, Zukunft“, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/spanien-geplatze-koalitions-verhandlungen-drohen-nun-neuwahlen-a-1277448.html> (18.07.2019).
- 49 Grundlage ist dafür die sogenannte Volksanklage (advocacia popular), die nach Artikel 125 der spanischen Verfassung möglich ist und es Privatpersonen oder privaten Vereinigungen erlaubt, in Strafprozessen aufzutreten, bei denen es um Pflichtverletzungen von Amtsträgern geht.
- 50 Vgl. Interview mit Steve Bannon in El País vom 25. März 2019: „Salvini y Orbán son los políticos más importantes hoy en Europa“. Online verfügbar unter: https://elpais.com/internacional/2019/03/24/actualidad/1553454729_290547.html (26.03.2019).
- 51 Vgl. Kopeček, Lubomír; Hloušek, Vít; Chytilek, Roman und Svačinová, Petra (2018): Já platím, já rozhoduji! Političtí podnikatelé a jejich strany. Brno: B&P Publishing, S. 93–136; Hloušek, Vít und Kopeček, Lubomír (2017): Different Ways of Institutionalising Entrepreneurial Parties: Czech Public Affairs and ANO. *Politologický časopis – Czech Journal of Political Science* 24 (2), S. 92–115 und Brunnerová, Olga (2018): Institutionalisation of Newcomer Parties in Theory and Practice: the Case Study of ANO 2011. *Revista de Stiinte Politice. Revue des Sciences Politiques* (60), S. 27–41.
- 52 Vgl. Charvát, Jakub und Just, Petr (2016): Krize politického stranictví a noví aktéři v české politice. Prag: Metropolitan University Prague Press; Havlík, Vlastimil und Voda, Petr (2016): The Rise of New Political Parties and Re-Alignment of Party Politics in the Czech Republic. *Acta Politologica* 8 (2), S. 119–144.

- 53 Vgl. Hloušek, Vít und Lubomír Kopeček (2018): Leader as a focal point: New political entrepreneurs and candidate selection in the Czech Republic, in: Xavier Collier, Guillermo Cordero & Antonio M. Jaime-Castillo (Hrsg.): *The Selection of Politicians in Times of Crisis*. London, New York: Routledge, S. 66–80.
- 54 Kopeček, Lubomír; Hloušek, Vít; Chytilík, Roman und Svačinová, Petra (2018): *Já platím, já rozhoduji! Političtí podnikatelé a jejich strany*. Brno: B&P Publishing, S. 93–136, 101.
- 55 Vgl. Hájek, Lukáš (2017): Left, Right, Left, Right ... Centre: Ideological Position of Andrej Babiš's ANO. *Politologický časopis – Czech Journal of Political Science* 24 (3), S. 275–301.
- 56 Vgl. Strapáčová, Michaela und Hloušek, Vít (2018): Anti-Islamism without Moslems: Cognitive Frames of Czech Antimigrant Politics. *Journal of Nationalism, Memory & Language Politics* 12 (1), S. 1–30.
- 57 ANO (2017): *Teď nebo nikdy. Ten jediný program, který potřebujete. Program hnutí ANO pro volby do Poslanecké sněmovny 2017*. Online verfügbar unter: <https://www.anobudelip.cz/file/edee/2017/09/program-hnuti-ano-pro-volby-do-poslanecke-snemovny.pdf> (28.02.2019), S. 13.
- 58 Vgl. Buščíková, Lenka und Guasti, Petra (2018): The State as a Firm: Understanding the Autocratic Roots of Technocratic Populism. *East European Politics and Societies*. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0888325418791723> (25.03.2019).
- 59 Vgl. Hanley, Seán und Vachudova, Milada Anna (2018): Understanding the illiberal turn: democratic backsliding in the Czech Republic. *East European Politics* 34 (3), S. 276–296.
- 60 Vgl. Median (2017): *Výzkum pro volební studio ČT*. Online verfügbar unter: http://www.median.eu/cs/wp-content/uploads/2017/10/Vyzkum_pro_volebni_studio.pdf (28.02.2019).

3. Fazit: Konkurrenz durch Bewegungen?

In den hier untersuchten Ländern Europas haben Bewegungen und die aus ihnen hervorgegangenen Parteien die politischen Kräfteverhältnisse deutlich verändert. In drei Ländern, Frankreich, Italien und Tschechien, stehen sie mittlerweile an der Spitze der Regierung und haben die lange Zeit dominierenden Parteien ersetzt. In Polen sah es zumindest so aus, als könne die junge Partei Razem in die Lücke stoßen, die die gefallenen Sozialdemokraten hinterlassen haben, während sich im rechten Lager die erst im Jahr 2015 gegründete und nach ihrem Initiator benannten Kukiz-Bewegung schon zur drittstärksten politischen Kraft im Lande entwickelt hat.

Bewegungen sind ein Krisenphänomen. Sie entstehen und gedeihen dort, wo sich die bisherigen Eliten als unfähig erwiesen haben, Politik zum Wohle des Landes zu machen. Gegen diese endemische Erstarrung, meist in Verbindung mit Eitelkeit, Korruption, Misswirtschaft und massiven Verteilungsproblemen, artikuliert sich Protest in Form von Bewegungen. In den meisten Fällen steht an der Spitze einer solchen Bewegung ein charismatischer Gründer, der nicht nur die zahlreichen Missstände anprangert, sondern selbst als Hoffnungsträger für Verbesserung gilt oder sich als solcher inszeniert.

Bewegungen versuchen, bewusst anders als die sogenannten etablierten Parteien zu sein. Selbst wenn sie aus formalen Gründen mittlerweile selbst als Parteien registriert sind oder Partei „ableger“ gegründet haben, sind sie aufgrund ihres Selbstverständnisses ebenso wie aufgrund ihrer Verfahren und Strukturen anders als die etablierten Parteien. Bewegungen mobilisieren gegen „das Establishment“, sie geben sich offen für Politikneulinge und Seiteneinsteiger, sie haben – zumindest nach außen – den Anspruch besonderer Basisdemokratie, sie organisieren sich und mobilisieren ihre Anhängerschaft über soziale Medien, zum Teil sogar mit eigenen Teilnahme- und Entscheidungstools, die eigens für die Bewegung programmiert worden sind, sie nutzen den öffentlichen Raum als Bühne, auch dann, wenn sie in Parlamente gewählt wurden, und in den meisten Fällen steht an der Spitze einer Bewegung ein charismatischer Anführer, meist der Gründer.

Die Kombination aus Erstarrung auf Seiten der etablierten Akteure zum einen und dem Auftreten einer neuen, andersartigen Bewegung mit einem dynamischen Hoffnungsträger an der Spitze zum anderen hat die Parteiensysteme der in dieser Studie näher untersuchten Länder kräftig durcheinandergewirbelt. In Frankreich verlief der triumphale Aufstieg von Macrons Bewegung zu Lasten der Traditionsparteien im linken und im bürgerlichen Lager. Die linksradikale, aber friedlich auftretende Bewegung/Partei Unbeugsames Frankreich (La France insoumise) unter Jean-Luc Mélenchon hat den Sozialisten ebenfalls zugesetzt und das linke Lager in Frankreich weiter ausdünnen lassen. In Italien ist das Movimento Cinque Stelle mittlerweile die stärkste linke politische Kraft. In Polen sah es so aus, als könnte Razem die gestrauchelten Sozialdemokraten ersetzen. Podemos hat sich als linke

Bewegungen sind ein Krisenphänomen.

Bewegungen haben die Parteiensysteme stark verändert. Zum Teil wurden die etablierten Parteien durch Bewegungen ersetzt.

Protestbewegung gegen Globalisierung und restriktive Haushaltspolitik fest im linken Spektrum des spanischen Parteiensystems verankert und den Sozialisten das Leben schwer gemacht und die Bildung einer Mehrheitsregierung blockiert.

Auf der anderen Seite machen Bewegungen wie die Aktion unzufriedener Bürger in Tschechien (ANO 2011) und Kukiz'15 den etablierten bürgerlich-konservativen Parteien Konkurrenz oder haben sie, wie im Falle Tschechiens, mittlerweile ersetzt.

Was auf den ersten Blick wie eine unvermeidliche Antwort auf die zahlreichen Versäumnisse der bislang tonangebenden Parteien und Politiker oder gar wie ein hoffnungsvoller Neustart in der Politik durch unverbrauchte Akteure und neue Formen der Bürgerbeteiligung aussah, zeigt auf den zweiten Blick jedoch etliche Defizite und Schwächen. Bis auf Frankreichs Gelbwesten sind die anderen Bewegungen Gründungen „von oben“, bei denen die Gründer und Anführer oftmals zu autoritären Führungsstilen neigen. Dass der erfolgreiche Unternehmer Andrej Babiš erst seine Bewegung und seit Übernahme des Ministerpräsidentenamtes in Tschechien auch das ganze Land führt wie eines seiner Unternehmen, nämlich nach Effizienzkriterien, autoritär und stets zu seinem Vorteil, ist nicht weiter überraschend. Dass aber auch die italienische Fünf-Sterne-Bewegung, die einst als basisdemokratische Anti-korruptionsbewegung antrat, oder die linkssozialistische Podemos innerparteilichen Widerspruch nicht dulden und massiv gegen Kritiker der Führung vorgehen, steht im krassen Widerspruch zu den hehren Ansprüchen dieser Bewegungen.

Etliche Bewegungen zeigen Demokratie-defizite.

Auffallend ist auch, dass Bewegungen und ihre Parteien selbst recht krisenanfällig sind. Am deutlichsten sichtbar ist das bei der polnischen Razem, die noch vor Jahresfrist als neuer Stern im linken Spektrum gehandelt wurde, mittlerweile aber kurz vor der Auflösung steht. Bei anderen Bewegungen bzw. deren Parteien folgte den zum Teil spektakulären Aufstiegen schnell die Ernüchterung. In Frankreich schlug Präsident Macron und seiner Bewegung durch die Gelbwesten massiver Widerstand entgegen. Die Popularität der Fünf-Sterne-Bewegung hat seit der Regierungsübernahme im Sommer 2017 stark gelitten. In beiden Fällen hat das zum einen sicher mit den Mühen der Regierungsarbeit zu tun. Zum Teil aber rächen sich auch ein fehlender organisatorischer Unterbau, Mängel in Organisationsroutinen und in der programmatischen Ausrichtung.

Bewegungen und ihre Parteien sind krisenanfällig. Schnellen Aufstiegen folgten immer wieder Ernüchterung.

Bewegungen stecken gewissermaßen in einer Zwickmühle: Sie gründen sich oftmals als Gegenpol zur bisherigen politischen Elite, werden dann aber selbst Teil davon und zum Zielobjekt von Protesten. Sowohl M5S als auch Podemos verwenden nach wie vor viel Energie darauf, zu diskutieren, ob sie (noch mehr) Teil des eigentlich verhassten politischen Betriebs werden oder Bewegung bleiben wollen, die aber kaum politischen Einfluss ausüben kann. In dieser Frage ähneln die heutigen Bewegungen und ihre Parteien allen politischen Neugründungen, die immer wieder über ihre strategische Grundausrichtung befinden müssen.⁶¹

Über alle hier betrachteten Fälle muss konstatiert werden, dass Bewegungen nicht zwangsläufig einen Qualitätszuwachs für die Demokratie, insbesondere die innerparteiliche, oder einen Stabilitätsgewinn darstellen. Einzelnen Bewegungen sind zweifellos spektakuläre Mobilisierungs- und Wahlerfolge gelungen und sie waren in der Lage, Parteiensysteme rapide zu verändern. Diese Erfolge waren aber bislang wenig nachhaltig, weil den Bewegungen die Landung in der Realität geschadet hat, weil ihnen die für eine tiefere Verankerung notwendigen Ressourcen wie Organisation oder Führungserfahrungen der Spitzenkräfte fehlen oder sich diese nicht demokratischer und gemeinwohlorientierter verhalten als frühere Amtsträger. So gesehen ist der zeitweise Höhenflug politischer Bewegungen eher Ausdruck von politischer Entwurzelung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, Enttäuschung und Protest der Bürger über mangelnde Leistungen der „etablierten“ Parteien und deren Vertreter als ein adäquater Ersatz des über lange Zeit bewährten politischen Organisations- und Repräsentationsmodells „Partei“.

Bewegungen werden
Parteien nicht ersetzen.

Auch wenn zwischen Organisation (Partei oder Bewegung) und Verhalten (Erstarrung oder Aufbruch) ein schwacher Zusammenhang bestehen mag, der Austausch der Organisation ist für sich genommen noch kein Garant für eine bessere Demokratie. „Gut regieren“ kann man auch in und mit (etablierten) Parteien. Ein Signal haben die Bewegungen aber zweifellos allemal gesetzt. Sie haben gezeigt, dass sich Protest deutlich schneller und mit mehr spontaner Schlagkraft als in Parteien organisieren lässt. Die „etablierten“ Parteien müssen künftig mehr tun, wenn sie ihre angestammte Rolle als „Platzhirsche“ der politischen Entscheidungsfindung und gemeinwohlorientierten Führung verteidigen wollen.

61 Vgl. Kitschelt, Herbert (1989): *The Logics of Party Formation. Ecological Politics in Belgium and West Germany*. Ithaca und London: Cornell University Press, hier v. a. Kap. 4, 7 und 9.

4. Die Autorinnen und Autoren

Franziska Fislage ist Referentin Internationaler Parteiendialog in der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit und Mitglied der Arbeitsgruppe Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Martin Friedek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Spanien und Portugal der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. habil. Karsten Grabow ist Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung und Leiter der Arbeitsgruppe Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Julie Hamann ist Programmmitarbeiterin des Programms Frankreich/deutsch-französische Beziehung bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.

Prof. Dr. Vít Hloušek ist Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Masaryk Universität Brno.

Dr. Wilhelm Hofmeister ist Leiter des Auslandsbüros Spanien und Portugal der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Caroline Kanter leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Italien.

Dr. Bartosz Rydliński ist Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Kardinal-Stefan-Wyszynski-University in Warschau.

Silke Schmitt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro Italien.

